



Polen: Deutsche  
Ortsschilder

(Seite 2)

EU tagt in  
Raubschloß

(Seite 3)

Tribüne der  
Meinungen

(Seite 12)

## Wahlen in Österreich und Bayern: Spannend auch für Vertriebene?

Am 28. September finden in Österreich und Bayern Wahlen statt. Während in Österreich nach dem Bruch der Großen Koalition ein neuer Nationalrat gewählt wird, steht in Bayern die reguläre Neuwahl des Landesparlamentes an. Außergewöhnlich spannend sind beide Urmengänge: In Österreich bewerben sich erstmals zehn Parteien bundesweit um den Einzug ins Bundesparlament und müssen die beiden bisherigen Regierungsparteien SPÖ und ÖVP mit herben Verlusten rechnen, in Bayern steht die absolute Mehrheit der CSU auf dem Spiel.

Ob die Wahlen auch aus vertriebenenpolitischer Sicht spannend sind, sei dahingestellt. In beiden Ländern ist es für die landsmannschaftliche Organisation allein schon aufgrund des unterschiedlichen Zuganges der Parteien zur finanziellen Förderung von Vertriebenenorganisationen sicher nicht ganz un-

bedeutend, wer die Regierung stellt. In Bayern ist es keine Frage, ob die CSU weiter an der Macht bleibt, fraglich ist aber, ob sie das ohne Koalitionspartner bleiben wird? Obwohl der CSU also eine schmerzhaft Zäsur droht, war in Bayern im Wahlkampf aber ebensowenig wie in Österreich spürbar, daß die jeweiligen Parteien die Vertriebenen als möglicherweise wahlentscheidende Zielgruppe wahrgenommen hätten. Das Thema war so gut wie nicht vorhanden.

Die letzte auf der CSU-Homepage veröffentlichte Pressemitteilung mit sudetendeutschem Bezug stammt vom 10. Mai und enthält das vor dem Sudetendeutschen Tag abgegebene Versprechen der CSU, ein „verlässlicher Partner der Vertriebenen“ zu bleiben. Die SL-Bezirksgruppe Oberbayern lud anlässlich der Wahlen ins Sudetendeutsche Haus in München, wo viele Landsleute zu einer Dis-

kussion begrüßt werden konnten. Als Vertreter ihrer Parteien waren erschienen: Christa Matschl, die vertriebenenpolitische Sprecherin der CSU-Landtagsfraktion, die FDP-Landtagskandidatin Julika Sandt sowie der SPD-Spitzenkandidat Franz Maget. Ein überregionales Medienecho auf die Veranstaltung ist jedoch nicht zu registrieren gewesen.

Auch in Österreich waren Vertriebung und Sudetendeutsche kein Wahlkampfthema. Unter den hunderten Aussendungen der jeweiligen Parteienpressedienste gab es bis Redaktionsschluß (18. 9.) lediglich zwei, in denen diese Begriffe vorkamen. Darin unterstützte die FPÖ eine (im Wahlkampf allerdings nicht offensiv kommunizierte) Forderung der ÖVP nach einem eigenen Ausschuß für Vertriebenen- und Verbliebenenfragen sowie die Forderung der SLÖ nach zweisprachigen Wegweisern auf Autobahnen.

**WORTSPENDE GEFÄLLIG?** Sie wünschen, wir spielen! Kein Problem für jeden gestandenen Politiker. Es wird versprochen, daß sich die Balken biegen. Immer, wenn die Politik die verbalen Spendierhosen anzieht, dann wissen wir: Es ist wieder einmal Wahlkampf. Ob in Österreich oder Bayern, wo am 28. September der Nationalrat beziehungsweise ein neuer Landtag gewählt werden, überall bekommen die diversen Zielgruppen in diesen Tagen das zu hören, was sie gerne hören. Fragen Sie nur irgendeinen Wahlkämpfer – er wird ihnen das Blaue vom Himmel herunter versprechen. In München und in Wien, in Passau und in Graz und überall, wo die Wahlkampftrosse haltmachen, werden vorgebrachte Anliegen sofort zu Herzensanliegen eines jeden Stimmenwerbers. Vieles ist ehrlich gemeint, kein Zweifel. Machen wir die Politik nicht schlechter als sie ist. Doch im Zweifelsfall werden auch schon einmal wissentlich ungedeckte Schecks ausgestellt. Versprechen entpuppen sich hinterher als Versprecher, die dem Wortbrüchigen allerdings nicht bloß passiert sind, sondern in vorsätzlicher Täuschungsabsicht verbreitet werden. Der Wähler möge dadurch in den Glauben versetzt werden, es werde nach der Wahl genau das geschehen, was ihm vor dem Urmengang in Aussicht gestellt worden ist.

„WENN MIR die österreichische Bevölkerung am 1. Oktober 2006 das notwendige Vertrauen ausspricht, will ich in der Legislaturperiode alles tun, um die Frage der Amnestiegesetze einer Lösung näherzubringen und für Restitution und Entschädigungen ein für beide Seiten akzeptables Ergebnis zu erarbeiten. Ich bin auch bereit, gemäß unserem Programm Entscheidungen durch eine unabhängige internationale Instanz anzustreben.“ Das war der Versprecher, Pardon: Das Versprechen des SPÖ-Kanzlerkandidaten Alfred Gusenbauer im letzten Wahlkampf gewesen. Abgegeben wurde es dort, wo man zu hundert Prozent genau die Zielgruppe erreicht, die so etwas hören will: In der „Sudetenpost“ (Folge 18 / 2006). Mit diesem Anspruch und mit diesem Versprechen ist Gusenbauer ins Bundeskanzleramt getreten. In früheren Wahlkämpfen hörten die Sudetendeutschen aus allen Ecken viele Wahlversprechen dieser Art. Als der EU-Beitritt Tschechiens noch in weiter Ferne lag, da kostete es nicht viel, den Beitritt von einer Aufhebung der Beneš-Dekrete und / oder einer materiellen Entschädigung der Vertriebungsoffer abhängig zu machen. Also wurde den Sudetendeutschen alles mögliche versprochen.

DIE REALITÄT sah dann so aus: „Es ist für mich derzeit nicht absehbar, wann sich weitere Möglichkeiten ergeben, eine Initiative zu ergreifen.“ Gusenbauer, der im Wahlkampf den Mund so vollgenommen hat, wie kaum ein anderer, sah im Mai dieses Jahres, nur einhalb Jahre nach seinem Versprechen, schon gar keine Möglichkeit mehr. Nicht einmal für einen Realisierungsversuch.

IN DEN HEURIGEN Wahlkämpfen spielten die Beneš-Dekrete keine Rolle. Nur kurz fiel der Begriff in der TV-Konfrontation Strache – Haider, als der FPÖ-Chef seinem Vorgänger und nunmehrigen BZÖ-Vorsitzenden vorhielt, in dieser Sache nichts getan zu haben. Daß die Auseinandersetzung mit diesem Thema nicht vertieft wurde, ist schon bezeichnend. Trotzdem ist nicht auszuschließen, daß in der Hitze des finalen Wahlgefechtes dies- wie jenseits

Fortsetzung auf Seite 2

### DAS BILD DER HEIMAT



Stramberg im Kuhländchen mit dem Bergfried der Ruine Stralenberg.

## Deutsche Ortsschilder in Polen: Und wann folgt Tschechien?

Zu der Aufstellung von deutschen Ortsschildern in Lubowitz (Lubowice), dem Geburtsort des bekannten schlesischen Dichters Joseph von Eichendorff, erklärt der Bundesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ), Gerhard Zeihsel: „Es ist zu begrüßen, daß erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg in der Ortschaft Lubowitz in Oberschlesien zweisprachige Ortsschilder aufgestellt werden.“

Für die deutsche Minderheit in Polen ist diese Entscheidung von besonderer Bedeutung. Zwar besteht die Möglichkeit, zweisprachige Ortsschilder aufzustellen seit 2005; von dem damals verabschiedeten Gesetz wurde indes nie Gebrauch gemacht.

In erfreulicher Weise mehren sich die Zeichen der Annäherung und das Bewußtsein einer gemeinsamen Geschichte. Das Bekenntnis zur Geschichte einer Stadt oder eines Ortes ist kein unzumutbares Zugeständnis an Deutschland als Nachbarn. Das Bekenntnis zur gesamten Geschichte macht uns letztlich alle reicher.

Dem Beispiel Lubowitz will ein Dutzend weiterer oberschlesischer Gemeinden folgen. Nachdem am 4. September in Lubowitz zweisprachige Ortsschilder – in gleicher Größe – aufgestellt worden waren, war am 12. der nächste Ort an der Reihe, wie SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel aus Steingroß im Kreis Opatowitz berichtet, wo zu diesem Zeitpunkt gerade ein Volksgruppensymposium des Verbandes der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ) stattfindet. Die neuen zweisprachigen Ortstafeln wurden in Radlau (Radlow) im Kreis Rosenberg (Olesno) aufgestellt.

Nur kurz nach ihrer Enthüllung sind zwei Ortsschilder freilich beschmiert worden. Es gehe um zwei von zwölf neuen Schildern, sagte der Radlauer Bürgermeister Włodzimierz Kierat. „Ich hoffe, daß es ein isolierter Akt von Rowdytum ist, der sich nicht wiederholt“, so Kierat. „Wir installieren in diesen Tagen noch fast siebzig zweisprachige Schilder in anderen Dörfern der Gemeinde.“

### Und in der Tschechischen Republik?

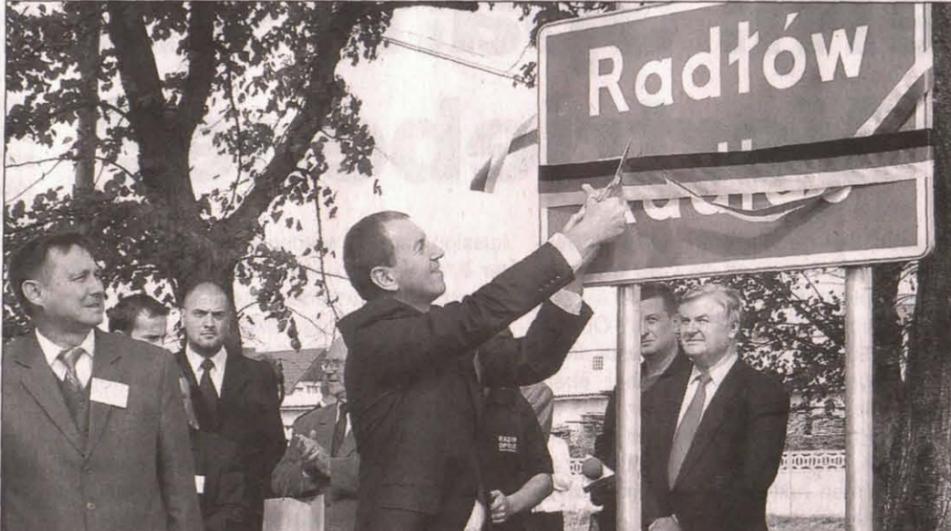
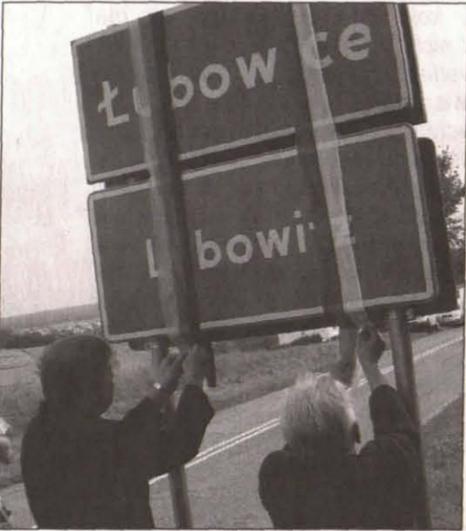
„In der Tschechischen Republik wäre es gesetzlich auch möglich, in gut einem Dutzend Orten zweisprachige Ortsschilder aufzustellen“, erinnert Zeihsel. Aber nicht allein das Ergebnis der Volkszählung von zehn Prozent der Minderheit genügt in der CR, nein, die Minderheit muß noch gesondert einen Antrag dazu stellen. Die SLÖ fordert schon seit geraumer Zeit eine Automatik bei der Aufstellung von zweisprachigen Ortstafeln, wenn die gesetzliche Voraussetzung gegeben ist. Das Bekenntnis zur gesamten Geschichte eines Ortes ist ein zumutbares Zugeständnis an Österreich als Nachbarn.

Zeihsel vermutet, „daß man mit diesen bürokratischen Barrieren und gesellschaftlichem Druck auf die Minderheit die Aufstellung der zweisprachigen Ortstafeln solange hinauszögern will, bis in keinem Ort mehr die deutsche Minderheit zehn Prozent Anteil erreicht!“

### Fortsetzung von Seite 1

des Inns noch das eine oder andere Versprechen an die sudetendeutsche Adresse abgegeben wird. Die Vertriebenen sind ja hüben wie drüben eine gar nicht so unbedeutende Wählergruppe.

DIE „SUDETENPOST“ aber liebt unsere Politiker so sehr, daß es die Redaktion einfach nicht übers Herz gebracht hat, diese von so vielen Anliegen und Begehrlichkeiten der unterschiedlichsten Art geplagte Spezies zu noch mehr Versprechen zu verleiten, die hinterher unerfüllt bleiben. Deshalb wurde in diesem Wahlkampf erstmals davon Abstand genommen, die jeweiligen Parteichefs um eine ausführliche Darlegung ihrer Position zur Vertriebenenpolitik zu ersuchen. Zugegeben, wir taten dies nicht nur aus Rücksicht auf die Kandidaten. Wir wollten auch unseren Lesern die Enttäuschung nach den Wahlen ersparen. Denn die liegen uns noch ein bißchen mehr am Herzen als die hochgeschätzten Wahlkämpfer.



Neue zweisprachige Ortsschilder in Lubowitz und Radlow: Was in Polen möglich ist, sollte auch in Tschechien möglich sein!

## Sechs Jahre Haft für KP-Richterin

Eine 86jährige Richterin aus der Zeit des Kommunismus in der Tschechoslowakei ist kürzlich zu sechs Jahren Haft verurteilt worden. Nach einer Entscheidung des Obersten Gerichts muß Ludmila Brožova-Polednova ins Gefängnis, da sie an Verurteilung und Hinrichtung der Widerstandskämpferin und späteren Abgeordneten Milada Horakova maßgeblich beteiligt war. Horakova war in einem Schauprozess 1950 zum Tode verurteilt worden. Das Gericht tagte in Pilsen, der Heimatstadt der Richterin, an der die 86jährige persönlich teilnehmen konnte. Sie zeigte keine Reue und erklärte nach der Urteilsverkündung, sie sei bereit, ins Gefängnis zu gehen.

## Mißverständliche EU-Kampagne

Die kürzlich gestartete Info-Kampagne der tschechischen Regierung zu dem bevorstehenden EU-Vorsitz Tschechiens im ersten Halbjahr 2009 sorgt um Streitigkeiten innerhalb der Prager Koalition. Die Christdemokraten (KDU-CSL) des Vizepremiers Jiri Cunek distanzieren sich davon und erklärten, das Motto „Wir werden es Europa süß machen“ sei „völlig unangebracht“. Die Redewendung „etwas versüßen“ hat nämlich in der tschechischen Sprache auch einen anderen, übertragenen Sinn: Nämlich „jemandem etwas unangenehm machen“. Ein Bestandteil der Kampagne ist ein TV-Spot, in dem bekannte Tschechen beim Kaffee mit einem Zuckerwürfel spielen. In diesem Zusammenhang wurde die Regierung beziehungsweise die ODS nochmals kritisiert. Vizepremier Vondra hatte nämlich erklärt, daß der Würfelzucker eine „tschechische Erfindung“ sei. Die tschechischen Medien schrieben jedoch, die Regierung brüste sich unberechtigt mit dieser Erfindung, weil den Würfelzucker in Wirklichkeit 1841 der Schweizer Jacob Christoph Rad erfunden habe. Dieser sei in Böhmen weder geboren noch gestorben und offenbar habe er auch kein Tschechisch gesprochen. Der einzige Zusammenhang mit Tschechien sei, daß Rad den Würfelzucker zu jener Zeit erfunden habe, als er eine Zucker-Raffinerie im tschechischen Dacice als Direktor geleitet habe, schrieb die Tageszeitung „Lidove noviny“.

## Medizinische Vernetzung

Unter dem Titel Healthacross bereiten Niederösterreich und der Landkreis Südböhmen ein gemeinsames Projekt vor, das sich die Vernetzung der medizinischen Versorgung der Grenzregionen Österreichs und Tschechiens zum Ziel gesetzt hat. Österreichische Experten prüfen derzeit die Unterschiede zwischen den Gesundheitssystemen beider Länder und suchen nach Möglichkeiten, diese zu beseitigen. In das europaweit einmalige Projekt sollen der medizinische Rettungsdienst, die Krankenhäuser und Kureinrichtungen integriert werden. Von den vernetzten Dienstleistungen sollen die Bewohner der benachbarten Regionen bereits 2010 profitieren.

## Diskussion zur Landtagswahl Bayern 2008

Nach der Vertreibung fanden viele Sudetendeutsche, aber auch andere Gruppen, wie Schlesier, Ost- und Westpreußen, Donau- und Banater Schwaben, in Bayern ein neues Zuhause. Mit ihrem Wissen und Können trugen sie zum Wiederaufbau und zur Entwicklung Bayerns zu einem der leistungsfähigsten Länder Europas bei. Sie stellen mit ihren Landsmannschaften einen wesentlichen Teil der Bevölkerung Bayerns und tragen aktiv zum gesellschaftlichen Leben bei. Deswegen ist es auch für die Heimatvertriebenen von großem Interesse, wie sich die politischen Parteien ihrer Interessen und Anliegen annehmen. Deswegen veranstaltet die Sudetendeutsche Landsmannschaft in München regelmäßig vor Wahlen eine Podiumsdiskussion zu diesem Thema.

Auch zur am 28. 9. stattfindenden Landtagswahl lud die Bezirksgruppe Oberbayern ins Sudetendeutsche Haus und Bezirksgeschäftsführer Andreas Schmalcz konnte viele Landsleute zur Diskussion begrüßen. Als offizielle Vertreter ihrer Parteien waren erschienen: Christa Matschl, die vertriebenenpolitische Sprecherin der CSU-Landtagsfraktion, die FDP-Landtagskandidatin Julika Sandt sowie der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Franz Maget. Des Weiteren nahmen der Münchener BdV-Vorsitzende Andreas Lorenz, der sich auch für ein Mandat bewirbt und Stadtrat Manuel Pretzl teil. Für die Volksgruppe waren außerdem anwesend Bundesobmann Franz Pany, der geschäftsführende Vorstand der Stiftung, Matthias Sehling, und Bundesgeschäftsführer Günther Pfrogner.

Bezirksobmann Johann Slezak ging in seiner Einführung auf die Entwicklung der Positionen der Parteien ein. Er würdigte die vielen Sudetendeutschen, die sich vor der Vertreibung in der Sozialdemokratie engagierten und betonte, daß nach dem Krieg die Sozialdemokraten die Heimatvertriebenen uneingeschränkt unterstützten. Allerdings änderte sich dies nach der Ostpolitik von Brandt.

Nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ hoffte man, daß alle Probleme gelöst werden können. Leider erfüllte sich dies nicht und auch bei der EU-Osterweiterung wurde zum Beispiel die Aufhebung der Beneš-Dekrete nicht zur Bedingung gemacht. Einzig die CSU-Abgeordneten im EU-Parlament stimmten als Zeichen des Protestes gegen die Unrechtsdekrete gegen den Beitritt der Tschechischen Republik. Unter Kanzler Schröder wurden die Heimatvertriebenen vollends an die Seite gedrängt und die Mittel erheblich reduziert.

Franz Maget ging auf die sozialdemokratischen Traditionen bei den Vertriebenen ein und meinte, daß die Brandtsche Entspannungspolitik der Grundstein für den Fall des Kommunismus war. Er räumte ein, daß damals viele prominente heimatvertriebene Sozialdemokraten zur CDU / CSU gewechselt sind. Seiner Meinung nach gestalten sich in Bayern die Beziehungen der SPD zu den Vertriebenen gut, worauf in der Diskussion Slezak erwiderte, daß während der Schröder-Zeit er sich schon das eine oder andere Wort pro Vertriebene von der Bayern-SPD gen Berlin gewünscht hätte.

Christa Matschl schilderte sehr eindrucksvoll das Schicksal ihrer Familie während und nach der Vertreibung. Da sie erkannte, daß sich in Bayern vor allem die CSU sehr engagiert der Sudetendeutschen annahm, führte sie ihr politischen Weg in diese Partei. Sie sprach über ihr Engagement im Landtag und berichtete, daß in der CSU-Vertriebenenengruppe sehr viel junge Abgeordnete sind. Sie legte großen Wert darauf, daß Nachbarschaftspolitik nur mit den Vertriebenen möglich ist. Sie lobte das große Engagement von Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein. Auf die von Franz Maget bemängelte Rückführung der finanziellen Förderung des Sudetendeutschen Rates erwiderte sie, daß dies auch nicht im Sinne der Staatsregierung sei, es allerdings hier Vorgaben des Rechnungshofes gab, an die der Landtag gesetzlich gebunden ist.

Julika Sandt, die sich für die FDP für den Bayerischen Landtag bewirbt, gab in einer sehr sympathischen Weise zu, daß sie bislang noch nicht allzuviel über die Vertreibung der Deutschen wußte. Sie hat sich jetzt sehr intensiv mit diesem Thema befaßt und zeigte sich sehr entsetzt über das große Leid, welches die Vertreibung mit sich brachte. Sie kritisierte die Kürzungen durch Schröder / Fischer. Sie sprach sich für eine intensivere Darstellung dieses Themas im Geschichtsunterricht aus. Einigkeit herrschte bei allen, daß das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen Mahnung sein muß, daß Vertreibung von Volksgruppen kein Mittel der Politik sein darf. Leider müssen wir täglich feststellen, daß wir davon noch weit entfernt sind.

In der anschließenden Diskussion wurden noch viele Fragen zum Teil sehr kontrovers diskutiert. Bei allen zum Teil auch starken Meinungsunterschieden zeigte sich, daß auch die Heimatvertriebenen bei den traditionellen demokratischen Parteien am besten aufgehoben sind. Im Vorfeld hatte die Bezirksgruppe den Parteien einige Fragen gestellt. Die FDP hat in einem Schreiben darauf reagiert. Die CSU-Landtagsfraktion hat jeden der einzelnen Punkte beantwortet und es konnte, bis auf einige kleine Details, große Übereinstimmung mit den Positionen der Vertriebenen festgestellt werden. Andreas Schmalcz

### BESTELLEN SIE JETZT DAS BUCH

## „70 JAHRE MÜNCHENER ABKOMMEN“

Wir haben uns bemüht, eine Darstellung der Ereignisse, der Fakten und den daraus resultierenden Konsequenzen für unsere Landsleute, in einem anderen Licht darzustellen, als dies von vielen Medien zu erwarten ist.

Preis: 10,00 Euro (inklusive Porto)

Bestellung: „Sudetendpost“, 4040 Linz, Kreuzstraße 7, Tel. / Fax: 0 732 / 70 05 92.

## ZITAT

„Restitution ist eine historische Pflicht.“

Österreichs Ministerin für Kultur Claudia Schmied (SPÖ) in der Tageszeitung „Der Standard“ zur geplanten Novelle zum österreichischen Kunstrückgabegesetzes.

# Dreist: Prag lädt EU-Außenminister in enteignetes Schloß Frauenberg

## Machtkampf bei Grünen entschieden

Der tschechische Vizepremier und Umweltminister Martin Bursik wurde kürzlich beim Parteitag erneut zum Parteichef der Grünen gewählt. Insgesamt hatten sich sechs Kandidaten um den Parteivorsitz beworben, Bursik erhielt etwa zwei Drittel der Stimmen. Seine stärkste Gegenspielerin war seine Erste Stellvertreterin, die ehemalige Schulministerin Dana Kuchtová. Sie wirft Bursik autoritären Führungsstil vor und eine allzu starke Bindung an die Koalitionspartner von Bürgerdemokraten und Christdemokraten. Die bestehende Mitte-Rechts-Koalition sei ein gutes Projekt, aber „nicht heilig“, so Kuchtová. Die Grünen stellen mit sechs Abgeordneten die kleinste Regierungsfraktion. Politologen sind sich einig, daß die Konflikte in der Partei nicht gelöst sind. Denn Dana Kuchtová hat bereits angekündigt, daß sie auch in Zukunft die innerparteiliche Opposition gegen Bursik anführen will.

## Film über Münchener Abkommen

Oscar-Preisträger Milos Forman und der ehemalige tschechische Staatspräsident Václav Havel bereiten einen Film über das „Münchener Abkommen“ des Jahres 1938 vor. Wie die Prager Tageszeitung „Mlada fronta Dnes“ berichtete, wolle Forman den Film nach einem eigenen Drehbuch machen, an dem Havel mitwirken soll. Forman arbeite in London gerade an dem Drehbuch, bestätigte seine Ehefrau Martina Formanová ohne weitere Einzelheiten.

## Kirche bekommt Eigentum zurück...

Wieder einmal verspricht ein politisches Gremium in Tschechien den Kirchen die Rückgabe von Eigentum.

Vertreter aller Parlamentsparteien, die in der Abgeordnetenkommission für den Ausgleich zwischen Staat und Kirche arbeiten, einigten sich kürzlich auf eine Restitution des Eigentums, das die Kirchen zum 25. Februar 1945 nachweisbar besaßen, sowie das Eigentum, das ihnen laut Gesetzen der demokratischen Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg zurückgegeben werden sollte.

Die Opposition sowie der Kritiker des Regierungsentwurfs aus den Reihen der ODS, Vlastimil Tlustý, behaupten, daß es unklar ist, wie das Kabinett das Eigentum bestimmt hatte, das Gegenstand der Rückgabe werden soll.

Während des tschechischen EU-Vorsitzes werden die EU-Außenministertreffen in einem Schloß tagen, um dessen Rückgabe die Schwester des tschechischen Außenministers Karl Schwarzenberg mit dem Staat streitet.

Tschechien wird während seines EU-Vorsitzes im ersten Halbjahr 2009 ausgerechnet das historisch belastete Schloß Frauenberg (Hluboka) zu einem zentralen Veranstaltungsort machen. Am 27. / 28. März sollen die EU-Außenminister in dem südböhmischen Schloß tagen, das nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund jener Beneš-Dekrete enteignet worden ist, deren Aufhebung das EU-Parlament schon einmal gefordert hat. Und damit nicht genug der Brisanz: Um die Rückgabe dieses Schlosses kämpft seit Jahren die in Österreich lebende Enkelin von Fürst Adolph Schwarzenberg, Elisabeth Pezold. Sie ist die Adoptivschwester des tschechischen Außenministers Karl Schwarzenberg, der seine Kollegen nach Frauenberg einladen wird.

### Nazi-Opfer nach Krieg wie Nazis behandelt

Der Fall Frauenberg / Hluboka ist auch insofern brisant, als er exemplarisch für den tschechischen Nachkriegsraubzug steht, bei dem es keinesfalls nur um „gerechte“ Vergeltung für Nazi-Verbrechen ging. Denn die Schwarzenbergs waren alles andere als Hitler-Anhänger, sondern bekennende Nazi-Gegner. So hatte Adolph Schwarzenberg 1938 nach dem „Anschluß“ Österreichs im Park seines Wiener Palais demonstrativ ein Schild „Juden willkommen“ angebracht und Adolf Hitler bei dessen Besuch in Krummau die Begrüßung verweigert. Die Rechnung folgte prompt: Adolph wurde in die Emigration getrieben, sein Adoptivsohn Heinrich ins KZ Buchenwald gesperrt und das Vermögen der Schwarzenbergs konfisziert. Doch

nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches kam der nächste Schock: Die Nazi-Opfer wurden nun wie Nazis behandelt und als Deutsche noch einmal enteignet. Diese Enteignung verstieß sogar gegen die Beneš-Dekrete, denn Antifaschisten waren eigentlich von den Sanktionen ausgenommen.

Seit bald zwanzig Jahren kämpft die in der Steiermark lebende Elisabeth Pezold auch zum Ärger ihres Bruders Karl Schwarzenberg um Rückgabe des Vermögens, zu dem neben dem Schloß Frauenberg auch das Schloß Krummau und rund 70.000 Hektar Land gehören. Möglich ist dieser langwierige Rechtsstreit nur, weil ihr Gatte Rüdiger selbst Rechtsanwalt ist. Vor dem UNO-Menschenrechtsausschuß hat er schon im Jahr 2002 Recht bekommen. Prag ignoriert diese Entscheidung aber.

### Wissen die Minister, wo sie da tagen?

Umso mehr ärgert sich Rüdiger Pezold, daß nun ausgerechnet in Frauenberg ein EU-Treffen stattfinden soll: „Es ist schon seltsam, wenn die Minister nicht merken, daß in Tschechien entgegen einer verbindlichen UNO-Entscheidung über gestohlenen Gut nicht einmal verhandelt wird“, so Pezold, der nicht glauben kann, daß die Außenminister wirklich nicht wissen, wo sie da tagen. Außerdem habe Tschechien als Kernpunkt seiner EU-Ratspräsidentschaft die Menschenrechte genannt. Pezold gegenüber der Tageszeitung NEUES VÖLKSBLATT: „Man kann nicht in Aserbaidschan oder in Kuba Menschenrechtserziehung betreiben, wenn man die Menschenrechte zu Hause mit Füßen tritt“.

Der Anwalt gibt aber die Hoffnung nicht auf. Optimistisch stimmt ihn, daß das tschechische Verfassungsgericht eine Prüfung jener „Lex Schwarzenberg“ angekündigt hat, mit der 1947

der gesamte Schwarzenberg'sche Besitz endgültig konfisziert worden war.

### Schwarzenberg'scher Familienstreit

Mit der Entscheidung, seine Amtskollegen ausgerechnet nach Schloß Frauenberg zu laden, setzt der tschechische Außenminister Karl Schwarzenberg auch einen familieninternen Affront: Denn Elisabeth Pezold wirft ihrem Bruder vor, eine testamentarische Verpflichtung zum Kampf um die Rückgabe des Eigentums zu ignorieren – und hat die Sache deshalb selbst in die Hand genommen. Schwarzenberg, dessen Zweig der Familie in Tschechien sein Vermögen sehr wohl zurückerhalten hat, bestreitet die Befugnis der Pezolds, Ansprüche geltend zu machen. Pezold will Fürst Schwarzenberg daher enterben lassen. Ein entsprechendes Verfahren läuft in Österreich seit längerem. Nach einem Entscheid des Obersten Gerichtshofes wird es demnächst in der ersten Instanz neu aufgerollt.

Im Schloß Hluboka ist man dessen ungeachtet auf das geplante Treffen der EU-Außenminister im März 2009 schon gut vorbereitet, erklärte der Vizepremier für europäische Angelegenheiten, Alexandr Vondra, nach seiner Besichtigung im Schloß und den dortigen Unterkünfteinrichtungen. Den Landkreis Südböhmen, wo sich das Objekt befindet, bezeichnete Vondra als eine von zwei Regionen Tschechiens, die am besten begriffen, daß das vorbereitete Prestigetreffen in einer bedeutenden Weise zur Propagierung der gesamten Region beitragen könne. Solange die EU-Minister dabei mitspielt und das Prestige nicht durch unbequeme Fragen zu den Eigentumsverhältnissen in ihrer Absteige beeinträchtigen, wird die Rechnung der Tschechen wieder einmal aufgehen ... mm

# Europarat beklagt „ethnische Säuberungen“ in Georgien

Ein Vertreter des Europarats hat „ethnische Säuberungen“ in Georgien beklagt und unparteiische Ermittlungen darüber gefordert. Die „massive Zerstörung“ georgischer Dörfer sei als „systematische ethnische Säuberung“ zu werten, sagte der Präsident des Regionalkongresses im Europarat, Yavuz Mildon, nach einem mehrtägigen Besuch in Georgien. Die Verantwortlichen müßten dafür vor Gericht gestellt werden, forderte er am vergangenen Freitag in einer Mitteilung an die Presse. Auch müsse die EU nun rasch ihre geplante Beobachtermission starten.

Yavuz Mildon, der der türkischen Regierungspartei AKP angehört, hatte sich zusammen mit zwei hohen Beamten des Europarats in Georgien über die Lage informiert. Dabei wurde er nach eigenem Bekunden an einem russischen Checkpoint in der Nähe der Stadt Gori an der Weiterfahrt gehindert. Somit konnte er nicht in

die vom russischen Militär kontrollierte Pufferzone gelangen.

Dem Regionalkongreß des Europarats gehören 318 lokale Mandatsträger aus den 47 Mitgliedsstaaten an – etwa Bürgermeister oder Abgeordnete von Regionalparlamenten. Der Kongreß setzt sich vor allem für Demokratie und Selbstverwaltung in Gebietskörperschaften ein.

Rußland hat die georgischen Vorwürfe über „ethnische Säuberungen“ in den abtrünnigen Provinzen Südossetien und Abchasien am vergangenen Mittwoch vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) zurückgewiesen. Rußland kontrolliere weder die beiden Regionen noch angrenzende georgische Gebiete, sagte der für die Regierung in Moskau auftretende Jurist Andreas Zimmerman am dritten Tag der vorprozessualen Anhörungen zu einer georgischen Klage gegen Rußland in Den Haag.

Seit Beginn des Konflikts zwischen Georgien

und Rußland sind beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg „mehrere hundert“ Klagen gegen die georgischen Behörden eingegangen.

Nach den Angaben des Gerichts vom vergangenen Donnerstag wurden in den vergangenen Wochen etwa zweihundert Klagen wegen Verletzung des Rechts auf Leben und Güter sowie wegen unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlungen registriert. Die Klagen kommen nach den Angaben vor allem aus dem von Georgien abtrünnigen Gebiet Südossetien, das von Moskau unterstützt wird.

Dagegen werden aus dem restlichen Staatsgebiet nur wenige Klagen von Georgiern gegen Rußland verzeichnet. Die Klagen haben nur geringe Erfolgsaussichten, zumal als Voraussetzung für deren Behandlung die Bedingung gilt, daß alle innerstaatlichen Rechtswege ausgeschöpft wurden.

Anzeige

## Freiheitlicher Vertriebenensprecher

### Abg. z. NR Dr. Manfred Haimbuchner

Einsatz für die Interessen der Vertriebenen und Verbliebenen

Für ein freies und geeintes Europa,

ohne menschenrechtswidrige Beneš-Dekrete

Deutliche Worte gegen die Fortsetzung

von historischem Unrecht



# Dokumente im Vorfeld des Münchener Abkommens

Schreiben des britischen Lords Runciman an den britischen Premierminister Sir Neville Chamberlain (14. September 1938):

... Ich habe jedoch viel Sympathie für die Sache der Sudetendeutschen. Es ist ein schweres Los, von einem fremden Volk regiert zu werden, und ich kann den Eindruck nicht loswerden, daß die tschechoslowakische Herrschaft im Sudetenland während der letzten zwanzig Jahre zwar nicht tyrannisch und bestimmt nicht terroristisch, aber doch gekennzeichnet war

durch Taktlosigkeiten, fehlendes Verständnis, kleinliche Unduldsamkeit und Benachteiligung, bis der Punkt erreicht war, bei dem der Unwille der deutschen Bevölkerung unvermeidlich revolutionäre Bahnen einschlug. Die Sudetendeutschen hatten auch das Gefühl, daß die tschechoslowakische Regierung ihnen in der Vergangenheit viele Versprechen gegeben hatte, daß aber daraufhin nur wenig oder gar nichts erfolgt war. Diese Erfahrung hatte zu einer Haltung unverhüllten Mißtrauens in die führenden tschechischen Staatsmänner geführt.

Zu diesen hauptsächlich Beschwerden kamen örtliche Ärgernisse hinzu. Tschechische Beamte und Polizisten, die wenig oder gar kein Deutsch sprachen, wurden in großer Zahl in rein deutsche Gebiete versetzt; die Ansiedlung tschechischer landwirtschaftlicher Siedler inmitten der deutschen Bevölkerung auf Ländereien, die auf Grund der Bodenreform an sie übertragen wurden, wurde gefördert, für die Kinder dieser tschechischen Eindringlinge wurden in gro-

ßem Maßstab Schulen gebaut; es herrscht allgemein die Überzeugung, daß bei der Zuteilung von Staatsaufträgen tschechische vor deutschen Firmen bevorzugt wurden und daß der Staat Tschechen bereitwilliger Arbeit und Unterstützung zuwies, als Deutschen. Ich glaube, daß die Klagen in der Hauptsache berechtigt

sind. Selbst zu so später Zeit, wie es die Zeit meiner Mission war, konnte ich seitens der tschechoslowakischen Regierung keine Bereitschaft feststellen, diese Klagen durch einigermaßen angemessene Maßnahmen zu beheben.

Fortsetzung nächste Seite

**Weitere Hintergründe werden im Sonderdruck 2008 der „Sudetenspost“: „70 Jahre Münchener Abkommen 1938 und das Schicksal der Sudetendeutschen“ ausführlich behandelt. 97 Seiten, Preis 10,- Euro. Bestellung bei: office@sudeten.at**

## Münchener Abkommen

Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien sind unter Berücksichtigung des Abkommens, das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebietes bereits grundsätzlich erzielt wurde, über folgende Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung und über die danach zu ergreifenden Maßnahmen übereingekommen und erklären sich durch dieses Abkommen einzeln verantwortlich für die zur Sicherung seiner Erfüllung notwendigen Schritte.

1. Die Räumung beginnt am 1. Oktober.
2. Das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien vereinbaren, daß die Räumung des Gebietes bis zum 10. Oktober vollzogen wird, und zwar ohne Zerstörung irgendwelcher bestehender Einrichtungen, und daß die Tschechoslowakische Regierung die Verantwortung dafür trägt, daß die Räumung ohne Beschädigung der bezeichneten Einrichtungen durchgeführt wird.
3. Die Modalitäten der Räumung werden im einzelnen durch einen internationalen Ausschuss festgelegt, der sich aus Vertretern Deutschlands, des Vereinigten Königreichs, Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei zusammensetzt.
4. Die etappenweise Besetzung des vorwiegend deutschen Gebietes durch deutsche Truppen beginnt am 1. Oktober...
5. Der in § 3 erwähnte internationale Ausschuss wird die Gebiete bestimmen, in denen eine Volksabstimmung<sup>1)</sup> stattfinden soll ...
6. Die endgültige Festlegung der Grenzen wird durch den internationalen Ausschuss vorgenommen werden<sup>2)</sup> ...
7. Es wird ein Optionsrecht<sup>3)</sup> für den Übertritt in die abgetretenen Gebiete und für den Austritt aus ihnen vorgesehen ...
8. Die Tschechoslowakische Regierung wird innerhalb einer Frist von vier Wochen vom Tag des Abschlusses dieses Abkommens an alle Sudetendeutschen aus ihren

militärischen und polizeilichen Verbänden entlassen, die diese Entlassung wünschen. Innerhalb derselben Frist wird die Tschechoslowakische Regierung sudetendeutsche Gefangene entlassen, die wegen politischer Delikte Freiheitsstrafen verbüßen.

Adolf Hitler – Neville Chamberlain – Mussolini – Ed. Daladier

### Zusatz zu dem Abkommen

Seiner Majestät Regierung im Vereinigten Königreich und die französische Regierung haben sich dem vorstehenden Abkommen angeschlossen auf der Grundlage, daß sie zu dem Angebot stehen, welches im § 6 der englisch-französischen Vorschläge vom 19. September enthalten ist, betreffend eine internationale Garantie<sup>4)</sup> der neuen Grenzen des tschechoslowakischen Staates gegen einen unprovokierten Angriff.

Sobald die Frage der polnischen und ungarischen Minderheiten in der Tschechoslowakei geregelt ist, werden Deutschland und Italien ihrerseits der Tschechoslowakei eine Garantie<sup>4)</sup> geben.

Adolf Hitler – Neville Chamberlain – Mussolini – Ed. Daladier ...

(Weitere „Zusätzliche Erklärungen“ befaßten sich mit der Zusammensetzung und dem Aufgabenbereich des „Internationalen Ausschusses“ sowie der Regelung der polnischen und ungarischen Minderheitenfrage.)

<sup>1)</sup> Volksabstimmungen fanden nicht mehr statt. (Beschluss des internationalen Ausschusses vom 13. Oktober 1938).

<sup>2)</sup> Gesah durch Beschluss des internationalen Ausschusses vom 21. November 1938.

<sup>3)</sup> Optionsrecht: Recht auf freie Wahl der Staatsangehörigkeit durch die Bewohner eines Gebietes, das seine Staatszugehörigkeit ändert.

<sup>4)</sup> England und Frankreich gaben keine Garantie, Deutschland und Italien trotz Regelung der Minderheitenfrage auch keine.

Quelle: Celowsky, Boris: „Das Münchener Abkommen von 1938“; Stuttgart; 1958; S. 480 ff.

## Rede Adolf Hitlers 1938 im Sportpalast in Berlin

... Angesichts der Erklärung Englands und Frankreichs, sich nicht mehr für die CSR einzusetzen, wenn nicht endlich das Schicksal dieser Völker anders gestaltet würde, und die Gebiete freigegeben würden, fand Herr Beneš einen Ausweg. Er gab zu, daß diese Gebiete abgetreten werden müssen. Das war seine Erklärung! Aber was tut er? Nicht das Gebiet trat er ab, sondern die Deutschen treibt er jetzt aus, und das ist jetzt der Punkt, an dem das Spiel aufhört!

... Ich habe nur wenig zu erklären: Ich bin Herrn Chamberlain dankbar für all seine Bemühungen. Ich habe ihm versichert, daß das deutsche Volk nichts anderes will als Frieden; allein ich habe ihm auch erklärt, daß ich nicht hinter die Grenzen unserer Geduld zurückgehen kann.

Ich habe ihm weiter versichert und wieder-

hole es hier, daß es – wenn dieses Problem gelöst ist – für Deutschland in Europa kein territoriales Problem mehr gibt!

Und ich habe ihm weiter versichert, daß in dem Augenblick, in dem die CSR ihre Probleme löst, das heißt, in dem die Tschechen mit ihren anderen Minderheiten sich auseinandergesetzt haben, und zwar friedlich und nicht durch Unterdrückung, daß ich an dem tschechischen Staate nicht mehr interessiert bin.

Und das wird ihm garantiert! Wir wollen gar keine Tschechen! Allein ebenso will ich nun vor dem deutschen Volk erklären, daß in bezug auf das sudetendeutsche Problem meine Geduld jetzt zu Ende ist ...

Quelle: Berber, Fritz: „Das Diktat von Versailles, Entstehung – Inhalt – Zerfall“; Essen; 1939; S. 1607 ff.

## 15. Sept. 1938: Beneš war bereit

Geheimes Schreiben<sup>1)</sup> an den nach Paris entsandten tschechosl. Minister für Soziale Fragen und Fürsorge, Nečas

1. Niemals zugeben, daß gesagt werden könnte, dieser Plan stamme von den Tschechoslowaken.

2. Alles äußerst geheim halten. Veröffentlicht werden darf nichts.

3. Das Übereinkommen mit den Franzosen und Engländern über die genaue Abgrenzung des Gebietes, das wir abtreten könnten, muß völlig geheim bleiben, weil sonst Gefahr besteht, daß die andern Hitler alles geben, wenn sie erst einmal wissen, daß wir den Grundsatz (der Gebietsabtrennung) angenommen haben.

4. Der fertige Plan ist als unsere letzte Konzession anzusehen und muß Hitler notfalls aufgezungen werden.

5. Der Plan würde bedeuten, daß Deutschland so und so viel qkm (wieviel, weiß ich nicht genau – es dürften 4000 bis 6000 sein; insoweit darf man sich nicht festlegen) unter der Bedingung erhält, daß es wenigstens eineinhalb bis zwei Millionen der deutschen Bevölkerung übernimmt. Dies würde eine Ortsverlagerung der Bevölkerung bedeuten, wobei Demokraten, Sozialisten und Juden bei uns bleiben würden.

6. Eine andere Regelung wäre unmöglich,

da sich ansonsten die Frage nach der Aufteilung des Staates stellen würde. Aus diesem Grund ist der ganze Gedanke höchst gefährlich und es wäre katastrophal, wenn er leichtfertig ans Licht gelangte.

7. Achten Sie darauf, daß niemand etwas erfährt; man könnte sonst versuchen, Sie in diesem Zusammenhang der Illoyalität zu zeihen.

8. ... Eine Volksabstimmung ist technisch, politisch und rechtlich unmöglich. Weisen Sie an Hand der Karte<sup>2)</sup> ferner darauf hin, wie die deutsche Position und auch unser Staat im Fall eines Plebiszits aussehen würden.

<sup>1)</sup> Die Tschechen wünschen keine Volksabstimmung, da sie sonst sofort auch von den Slowaken, Polen, Ungarn und Ukrainern verlangt und die Tschechoslowakei über Nacht zu einem kleinen „Tschechien“ reduziert worden wäre.

Dieser Tatbestand wurde bereits bei den Friedensverhandlungen von St. Germain erkannt.

(Quelle: Rabl, Kurt: „Das Ringen um das sudetendeutsche Selbstbestimmungsrecht“; München; 1958; S. 89).

<sup>2)</sup> Diesem Schreiben war eine Karte beigelegt, aus der das abzutretende Gebiet hervorging. Die Karte ist verlorengegangen.

Quelle: Reimann-Pachta: „O nových dokumentech o otázce Mnichova“ in „Přispěvky k dějinám KSČ“; Bd. I; Prag; 1957; S. 104 ff.

## 19. 9. '38: Note der französischen und britischen Regierung an die Tschechoslowakei

... Wir (Vertreter der französischen und britischen Regierung<sup>1)</sup>) sind überzeugt, daß der Zeitpunkt erreicht ist, an dem die weitere Einbeziehung derjenigen Gebiete, die hauptsächlich von Sudetendeutschen bewohnt sind, in den Tschechoslowakischen Staat nicht möglich ist, ohne die Interessen der Tschechoslowakei selbst und des europäischen Friedens zu gefährden.

... die Aufrechterhaltung des Friedens und die Sicherheit lebenswichtiger Interessen der Tschechoslowakei können nicht wirklich gesichert werden, wenn diese Gebiete nicht jetzt dem Reich angeschlossen werden.

Dies könnte entweder als direkte Abtretung oder als Ergebnis einer Volksabstimmung geschehen. (Tschechische Abneigung gegen Volksabstimmung<sup>2)</sup> bekannt.) Deswegen sehen wir bis zur Andeutung des Gegenteils vor, daß Sie es vorziehen, das Sudetendeutsche Problem durch direkte Abtretung und als eigene Angelegenheit zu behandeln.

Das abzutretende Gebiet müßte wahrscheinlich alle Gebiete mit mehr als 50 Prozent deutscher Bevölkerung umfassen ...

(Bereitschaft, sich an einer Garantie des neuen Staatsgebietes gegen unprovokierte Aggressionen zu beteiligen.)

<sup>1)</sup> Diese Note ist das Ergebnis einer Beratung beider Regierungen auf Grund der ersten Deutschlandreise Chamberlains am 15. September 1938 nach Berchtesgaden; sie wurde am 21. September 1938 um 3.00 Uhr morgens in Prag überreicht.

<sup>2)</sup> Die Tschechen wünschen keine Volksabstimmung, da sie sonst sofort auch von den Slowaken, Polen, Ungarn und Ukrainern verlangt und die Tschechoslowakei über Nacht zu einem kleinen „Tschechien“ reduziert worden wäre. Dieser Tatbestand wurde bereits bei den Friedensverhandlungen von St. Germain erkannt.

(Quelle: Rabl, Kurt: „Das Ringen um das sudetendeutsche Selbstbestimmungsrecht“; München; 1958; S. 89).

Quelle: Außenministerium von Großbritannien und Nordirland: „Documents on British Foreign

Policy 1919 – 1939“; 3. Reihe; Band II; London; 1949/50; Seiten 937, 956, 961.

21. September 1938:

### Die Annahme des französisch-britischen Planes vom 17. 9. 1938<sup>1)</sup> durch die Tschechoslowakei

Die tschechoslowakische Regierung wurde durch die Umstände und die drängenden Bitten der französischen und britischen Regierung, die deren Mitteilung vom 21. September 1938 folgten, gezwungen, die französischen und englischen Vorschläge – wenn auch mit schmerzlichen Gefühlen – anzunehmen. Die tschechoslowakische Regierung unterstellt dabei, daß diese beiden Regierungen alles tun werden, um bei der Anwendung ihrer Vorschläge alle lebenswichtigen Anliegen des tschechoslowakischen Staates zu wahren. Sie (d. h. die tschechoslowakische Regierung) stellt mit Bedauern fest, daß diese Vorschläge ohne Rücksprache mit der tschechoslowakischen Regierung erarbeitet wurden.

Sie (d. h. die tschechoslowakische Regierung) bedauert zutiefst, daß ihr Vorschlag eines Schiedsverfahrens nicht angenommen wurde. Sie (d. h. die tschechoslowakische Regierung) nimmt sie (d. h. die obigen Vorschläge) als eine Einheit an, wobei das Prinzip der Garantie – wie es in der Note formuliert wurde – unterstrichen wird ...

Es ist offensichtlich, daß die französisch-britischen Vorschläge davon ausgehen, daß alle Einzelheiten der praktischen Durchführung dieser Vorschläge im Einverständnis mit der tschechoslowakischen Regierung festgelegt werden.

<sup>1)</sup> Der Plan wurde am 21. 9. 1938 um 3.00 Uhr morgens dem ts. Staatspräsidenten Beneš durch den englischen und französischen Botschafter im Prager Hradschin überreicht; die hier wiedergegebene Antwort erging um ca. 17.00 Uhr.

Quelle: Außenministerium von Großbritannien und Nordirland: „Documents on British Foreign Policy 1919 – 1939“; 3. Reihe; Band II; London; 1949/50; Seite 1005.

# SLOÖ FÄHRT ZUM HEIMATTAG NACH KLOSTERNEUBURG

Das Motto des Sudetendeutschen Heimattages 2008 lautet:

## Gleiches Schicksal: Deutsche und Ungarn in der CSR

Die Festrede hält die Rechtsanwältin und Menschenrechtlerin **Dr. Eva-Maria Barki**.

Wir laden zur Busfahrt ein: **Sonntag, 28. September.**

**Abfahrt Wels:** 9 Uhr, Friedhof – **Abfahrt Linz:** 9.30 Uhr, Hauptbahnhof (Bushaltestelle) – **Abfahrt Enns:** 9.45 Uhr, Tankstelle Autobahnabfahrt.

**Anmeldungen:** Familie Schaner, Telefon: 0 72 42 / 47 1 50, Fax: 0 72 42 / 20 63 53.

**Kosten pro Person:** 10,00 Euro.

### Fortsetzung von Seite 4

... Zur Zeit meiner Ankunft wünschten die gemäßigeren sudetendeutschen Führer noch eine Regelung innerhalb der Grenzen des tschechoslowakischen Staates. Es war ihnen klar, was ein Krieg im Sudetenland, das selbst das Hauptschlachtfeld sein würde, zu bedeuten hätte.

... Ich tat mein bestes, um diese Lösung zu fördern – bis zu einem gewissen Punkt nicht ohne Erfolg, aber ... ich fühlte, daß jede derartige Regelung auf Zeit abgestellt und nicht endgültig sein würde.

... Es ist mir selbsterweislich geworden, daß diesen Grenzgebieten zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland, in denen die sudetendeutsche Bevölkerung eine beträchtliche Mehrheit hat, sofort das volle Selbstbestimmungsrecht gewährt werden mußte. Wenn einige Gebietsabtretungen unvermeidlich sind – und ich glaube, sie sind es –, dann wäre es das Beste, dies unverzüglich und ohne Verzögerungstaktik zu tun. Die Fortsetzung des Zustandes der Ungewißheit bringt wirkliche Gefahren mit sich, sogar die Gefahr eines Bürgerkrieges. Infolgedessen liegt für eine Politik sofortigen und gründlichen Handelns aller Grund vor. Jede Art Volksbefragung oder Volksabstimmung)

hinsichtlich dieser überwiegend deutschen Gebiete wäre meines Erachtens eine reine Formalität. Die überwiegende Mehrheit ihrer Einwohner wünscht die Verschmelzung mit Deutschland. Der mit der Abhaltung einer Volksabstimmung unvermeidlicherweise verbundene Aufschub würde nur dazu dienen, die Bevölkerung noch mehr zu erregen, und das könnte höchst gefährliche Folgen haben. Ich bin deshalb der Ansicht, daß diese Grenzgebiete unverzüglich von der Tschechoslowakei auf Deutschland übertragen werden sollten, und ferner, daß Sofortmaßnahmen für ihre friedliche Abtretung einschließlich von Sicherungsmaßnahmen für die Bevölkerung während der Abtretungszeit zwischen den beiden Regierungen abgemacht werden sollten.

<sup>1)</sup> Die Tschechen wünschten keine Volksabstimmung, da sie sonst sofort auch von den Slowaken, Polen, Ungarn und Ukrainern verlangt und die Tschechoslowakei über Nacht zu einem kleinen „Tschechien“ reduziert worden wäre.

Dieser Tatbestand wurde bereits bei den Friedensverhandlungen von St. Germain erkannt.

(Quelle: Rabl, Kurt: „Das Ringen um das sudetendeutsche Selbstbestimmungsrecht“, München, 1958; S. 89).

Quelle: Curtis, Monica (ed): „Documents on International Affairs 1938“, Bd. II; Oxford, 1943, S. 218 ff.



## STIMME VON DER MOLDAU

EMANUEL MANDLER

### Wissen wir, was im Kaukasus geschieht?

Von der sowjetischen Invasion in die Tschechoslowakei sind vierzig Jahre vergangen. In Tschechien erinnert man sich an dieses Ereignis mit so einem Pomp, daß man sich fragt, ob es ein Sích-Erinnern oder doch Feierlichkeiten waren? Das soll kein Versuch sein, aphoristisch zu sein; alle Meinungsumfragen zeigen, daß einige Angehörige der jungen (ganz zu schweigen von der jüngsten) Generation nicht wissen, was vor vierzig Jahren tatsächlich passiert ist, andere haben nicht die leiseste Ahnung davon, daß sich der 21. August 1968 von allen anderen Tagen unterscheidet. Ich habe mich gewundert, daß die Medien zu diesem Tag zwar viele Sendungen brachten, aber alles waren entweder Erinnerungen von Augenzeugen, Lieder aus den sechziger Jahren, oder mehr oder weniger abstrakte Erwägungen. Über die Situation im Lande hat sonderbarerweise fast niemand gesprochen. Ich sagte mir, wieviele Menschen wissen nicht, warum diese Lieder gespielt werden, daß sie nicht verstehen, was man ihnen da erzählt, wenn sie nicht einmal wissen, daß es eine Führung der KPČ und den Staat gab, einen Kampf um Reformen, Aufhebung der Zensur, einen großen Kampf der Medien um den sogenannten demokratischen Sozialismus.

In dieser Situation wird wahrscheinlich die Mehrheit von ihnen diesen Sendungen keine Aufmerksamkeit widmen; es ist fraglich, warum solche Sendungen produziert und aufgeführt werden?

Ich habe mich an die vertriebenen deutschen Mitbürger erinnert. Als die Diskussionen um die Beneš-Dekrete am schlimmsten waren, habe ich über die Dekrete des Präsidenten der Republik ein Buch herausgege-

ben, und zwar in der Vorahnung, daß nur wenige Menschen wissen, was die Dekrete beinhalten. Ich war von einer noch trügerischen Vorahnung geleitet, daß die Leser erfahren wollen, was die sogenannten Beneš-Dekrete waren und worum es dabei ging. Auf dem Büchermarkt ist das Buch durchgefallen, und ich habe bald begriffen, warum die Leser dafür ein nur so geringes Interesse zeigten. Wir sind heute nun mal so (wir können den Medien oder irgendeiner anderen Sache die Schuld geben), daß uns die Überschrift und eine vierzeilige Nachricht genügen, um das Wesentliche zu erfahren. Weil man das aber aus den Quellen nicht erfährt, gibt es viele Leute, die nicht einmal diese kurzen „Nachrichten“ interessieren. Warum auch? Die Deutschen wurden zurecht abgeschoben und der Besitz der Kapitalisten wurde enteignet. Müssen wir noch mehr wissen? Mich würde sehr interessieren, ob in Deutschland und Österreich eine ähnliche Situation herrscht? Wissen die Nachkommen der Vertriebenen, daß ihre Eltern und Großeltern aus ihrer Heimat vertrieben wurden? Ich bin mir da nicht so sicher.

Aber kommen wir zum 21. August zurück. Aus den zwei Anfangszeilen dieses Artikels könnte der Leser meinen, daß der 21. August in diesem Jahr in der Tschechei und in der Slowakei ein Tag voller Frohsinn gewesen ist. Das wäre ein großer Irrtum. Ganz im Gegenteil, am 21. August gipfelte der Streit zwischen „Slawophilen“ (wenn ich das so sagen darf) und den eine europäische Integration anstrebenden Menschen. Die Slawophilen taten sich gerade am 21. August mit einem der schärfsten Äußerungen hervor, in der Präsident Klaus die Russen für die Invasion in die Tschechoslowakei am 21. August 1968 exkulperte (die Schuld von jemandem nehmen, wie etwa entschuldigen / naja, es war seiner Meinung nach lediglich ein Werk des aggressiven Kommunismus) und herrschte die westlichen Staaten an, daß sie der Tschechoslowakei nicht die entsprechende Hilfestellung leisteten. Den Schuldner für den derzeitigen Konflikt im Kaukasus hat er schon vorher als Georgien bezeichnet.

Eine große Gruppe von Bürgern, die sich um die Integration Europas bemühen, hat ihre Vertretung in der Regierung. Im Unterschied zum Präsidenten weiß die Regierung, daß der Schuldige der Gewalt im Kaukasus der russische Staat ist. Die Regierung hat einmütig den Beschluß gefaßt, Georgien zu helfen und der Ministerpräsident befindet sich im Streit mit dem Präsidenten über die Situation im Kaukasus. Diejenigen unter uns, die zur Euro-Integrations-Gruppe der Bürger gehören, haben wirklich Angst, wie sich das tschechische Volk in dieser Krise des Staates verhält. Emanuel Mandler

## Sudetendeutscher Heimattag 2008

Wien und Klosterneuburg, 27. bis 28. September

### „Gleiches Schicksal: Deutsche und Ungarn in der CSR“

**Samstag, 27. September:**

„Haus der Heimat“, 1030 Wien, Steingasse 25, SLÖ-Saal, 2. St.

14.30 bis 16.30 Uhr: Tag der offenen Tür mit diversen Filmvorführungen bei Kaffee und heimatlichem Kuchen.

**Sonntag, 28. September, Klosterneuburg:**

- 12.00 bis 12.45 Uhr: **Platzkonzert** am Rathausplatz, Stadtkapelle Klosterneuburg.
- 13.00 Uhr: **Feierliches Hochamt** in der Stiftskirche. Hauptzelebrant ist Weihbischof Gerhard Pieschl (Limburg)
- 14.00 Uhr: **Fest- und Trachtenzug** vom Rathausplatz zum Sudetendeutschen Platz.
- 14.30 Uhr: **Toten-Gedenkfeier**. Oberst i. R. Manfred Seiter
- 15.00 bis 18.00 Uhr: **Kundgebung** in der Babenbergerhalle.

Die Festrede hält die Rechtsanwältin und Menschenrechtlerin **Dr. Eva-Maria Barki**

Grußworte von Bürgermeister Dr. Gottfried Schuh und den Vertriebenensprechern.

#### Sonderausstellungen

**Johann Peter – der „Rosegger“ des Böhmerwaldes** – zum 150. Geburtstag. Böhmerwaldmuseum, 1030 Wien, Ungargasse 3, Öffnungszeiten: 27. und 28. 9., von 9.00 bis 12.00 Uhr.

#### „Baukunst und Kunsthandwerk“

der Architekten Bauer, Hoffmann und Olbrich. Mährisch-Schlesisches Heimatmuseum, Schießstattgasse 2, 3400 Klosterneuburg, bis 14. April 2009 geöffnet. Öffnungszeiten: Dienstag 10.00 bis 16.00 Uhr, Samstag 14.00 bis 17.00 Uhr, Sonn- und Feiertag 10.00 bis 13.00 Uhr. Geschlossen von Samstag, 20. Dezember 2008, bis Montag, 12. Jänner 2009. Telefon: +43 (0) 22 43-444-287 / +43 (0) 22 42-52 03. E-mail: information@mshm.at – Internet: www.mshm.at

**Klöppeiausstellung** des Frauenarbeitskreises im Foyer der Babenbergerhalle. Öffnungszeiten: 28. 9. von 12.00 bis 18.00 Uhr.

**Büchermarkt** der Buchhandlung Hasbach im Foyer der Babenbergerhalle.

**Pendelverkehr** von 11.00 bis 12.30 Uhr vom Bahnhof Klosterneuburg-Kierling zur Babenbergerhalle gratis.

## Aktive Heimatpolitik tut not!

In der Wochenzeitschrift „Junge Freiheit“ veröffentlichte Thorsten Hinz am 5. September 2008 einen sehr lesenswerten Beitrag mit der Überschrift: „Das gelöschte Gedächtnis. Tag der Heimat: Das Wissen um die deutschen Ostgebiete und die Vertreibung schwindet.“ Er

Von Roland Schnürch

schreibt: „Da die meisten Deutschen einschließlich der Politiker die Geschichte nicht bzw. nur ein Zerrbild von ihr kennen, haben sie keine Ahnung von den historischen Lageumständen und Grundtatsachen... Wer nicht weiß, daß in der Zwischenkriegszeit die deutschen Minderheiten in Osteuropa schwer mißhandelt wurden, für den bleibt die deutsche Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg in Granit gemeißelt.“

BdV-Präsidentin Erika Steinbach betonte bei der Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat am 7. September 2008 in Berlin, daß zehntausende von Deutschen mit Billigung auch von Großbritannien und der Vereinigten Staaten in die „gigantischen Sklavenhalter-Regionen“ Osteuropas zur Zwangsarbeit deportiert und unmenschlich ausgebeutet wurden. Demgegenüber meinte Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, im Verhältnis zu den Nachbarstaaten hatte „die Versöhnung zuerst ihre Wurzeln schlagen“ müssen. Schäuble wiederholte, daß die Bundesregierung keine „Vermögensfragen aufwerfen“ werde.

Von Wiedergutmachung eines Völkermordes mit gleichzeitiger totaler Vermögenskonfiskation war nichts in den Reden zu hören. Ebenso fehlt der längst überfällige Beitritt des BdV – aber auch des SL-Bundesverbandes in Deutschland – zur Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV). BdV-Präsidentin Steinbach, die sich ja immer wieder von der „Preußischen Treuhänder“ distanziert, sollte in ihrem Verband die Mitglieder zur Unterzeichnung eines Textes aufrufen, daß sie auf alle Eigentumsansprüche einschließlich künftiger Entschädigungszahlungen aus Moskau, Warschau, Prag und Berlin verzichten. An dem Ergebnis könnte sie die Haltung des BdV nachdrücklich korrigieren.

In den landsmannschaftlichen Delegiertenversammlungen sind Vertreter von CDU und CSU allzusehr um Zurückhaltung bemüht, um nicht in eine Zwickmühle zu geraten.

Verbandsvertreter und Mitglieder sollten dem nicht länger zuschauen. Die Statuten des BdV und der Landsmannschaften geben das Nötige her; es muß nur in aktive Heimatpolitik umgesetzt werden.

Das 256seitige Buch „Das verlorene Land“ von Thorsten Hinz, € 24,90, und „50 Thesen zur Vertreibung“ von Alfred Maurice de Zayas, € 7,-, können versandkostenfrei ab Euro 20,- beim JP-Buchdienst, Tel: 0 30 / 86 49 53-25, bestellt werden.

# „Politik für Heimatvertriebene aktiv gestalten“

Unter dem Motto „Politik für Heimatvertriebene aktiv gestalten“ lud der Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ) am Dienstag, dem 16. September, gemeinsam mit dem Vertriebenensprecher der ÖVP, Abg. z. NR Ing. Norbert Kapeller, zu einer Diskussionsveranstaltung und Buchpräsentation in das „Haus der Heimat“ in der Wiener Steingasse. Als Ehrengast und Festredner konnten die zahlreich erschienenen Anwesenden den 2. Nationalratspräsidenten Dr. Michael Spindelegger begrüßen. Musikalisch umrahmt wurde die nachmittägliche Veranstaltung vom extra aus Kaschau / Kosice (Slowakei) angereisten Chor Nachtigal.

Im Gedenkjahr 2005 führte Kapeller in seiner Funktion als Vertriebenensprecher mit seinen Kollegen der anderen Parlamentsparteien eine Delegation an, die in mehreren Reisen die heimatvertriebenen deutschsprachigen Minderheiten in den Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Donaumonarchie besuchte, um deren Lebensumstände näher kennenzulernen, die historische Verantwortung Österreichs zu dokumentieren und neue Bande in einem zusammenwachsenden Europa zu knüpfen. Diese Reiseerlebnisse und Zukunftsperspektiven wurden von Norbert Kapeller in seinem Buch „Gedenkreisen im Gedenkjahr 2005“ dokumentiert, welches vor kurzem im „Institutsverlag IDEA“ (institutsverlag@altoesterreich.eu, Telefon +43 / 79 42 / 75 0 88) erschienen ist.

„Ich bin überzeugt, daß sich die Funktion des Vertriebenensprechers zerteilt. Einerseits geht es natürlich um die Wahrung der berechtigten Interessen der Heimatvertriebenen, die sich in Österreich niedergelassen haben. Aber andererseits brauchen die heimatvertriebenen

deutschsprachigen altösterreichischen Minderheiten auch unsere Aufmerksamkeit. Und darin sehe ich eben eine weitere wichtige Aufgabe eines Vertriebenensprechers, denn so ist Politik für Heimatvertriebene und die Funktion der Vertriebenensprecher keine Vergangenheitsbewältigung, sondern aktive Gestaltungspolitik für Gegenwart und Zukunft, um – im erweiterten Sinne – auch auf internationaler Ebene anachronistische Gesetzgebungen und Beschlüsse aufarbeiten zu helfen und gelebtem Unrecht in der Wertegemeinschaft Europa wirkungsvoll entgegenzutreten zu können“, hält Kapeller fest.

Eine eigene Sonderausgabe seines Buches „Gedenkreisen im Gedenkjahr 2005“ wird Kapeller noch im Herbst dieses Jahres allen österreichischen Politikern auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene zur Verfügung stellen, um in einem Jahrzehnte lang oft und zu Unrecht vernachlässigten – oft auch totgeschwiegenem – Thema ein neues Bewußtsein zu schaffen und im Sinne einer aktiven Vertriebenen- und Verbliebenenpolitik neue Wege zu beschreiten.

Kapeller wird darüber hinaus seine Bestrebungen für eine aktive Arbeit für Vertriebene und Verbliebene projektorientiert mit seinem „Institut IDEA“ (Institut für die deutschsprachigen altösterreichischen Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa) vorantreiben. Seine zweite in Kürze erscheinende Publikation „Die deutsche Minderheit in Tschechien“ – hervorgegangen aus einem bilateralen INTERREG-III-A-Projekt gemeinsam mit Tschechien – dokumentiert die Lebensumstände der heimatvertriebenen deutschsprachigen Bevölkerung in Tschechien speziell nach 1945 anhand ungeschöner Lebensberichte im historischen Kontext gesehen.



Bild links: Abg. z. NR Norbert Kapeller (l.) übergibt dem 2. Nationalratspräsidenten Dr. Michael Spindelegger symbolisch ein überdimensionales Exemplar des Buches „Gedenkreisen im Gedenkjahr 2005“, welches noch im Herbst an Abgeordnete auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene übergeben werden wird. – Bild rechts: Mitglieder des VLÖ-Vorstandes mit dem Abg. z. NR Norbert Kapeller (v. l.) und dem 2. Nationalratspräsidenten Dr. Michael Spindelegger (4. v. r.).

## Der Autor und Historiker Wilhelm Böhm

liest am Donnerstag, dem 9. Oktober 2008, um 18 Uhr, im Sudetendeutschen Haus, München, Hochstraße 8, im Adalbert Stifter Saal, aus seinem 3. Band

### „Zwischen Bangen und Hoffen“.

Der Zuhörer erlebt mit der Gestalt eines Zehnjährigen die dramatischen Ereignisse des Schicksalsjahres 1945.

Die Veranstaltung wird durch Johanna Böhm, Tochter des Autors, mit Harfenklängen begleitet.

Kommen Sie recht zahlreich!

Leitung: Prof. Erhard Korkisch

## Russen ködern Tschechen mit direkten Öllieferungen

In einer bisher beispiellosen Geste hat Rußland der CR Direktlieferungen von Erdöl angeboten. Ziel sei es, die Vermittler auszuschalten, die aus den Ölgeschäften zwischen Rußland und Tschechien viel Geld abschöpften, erklärte der tschechische Botschafter für Energiesicherheit, Václav Bartuska, in einem Interview der Wochenzeitschrift „Euro“. Er lehnte es ab, diese Vermittler zu benennen, und würdigte stattdessen die Bedeutung des russischen Angebots.

Im Juli hatte Rußland seine Öllieferungen an Tschechien kurzzeitig zurückgefahren. Dies wurde mit technischen Schwierigkeiten begründet. Beobachter spekulierten jedoch, es könnte sich um eine Vergeltungsmaßnahme für den Vertrag zwischen Prag und Washington über die Stationierung einer Radaranlage für das neue US-Raketenabwehrsystem gehandelt haben. Nunmehr erklärte Bartuska, der Vorfall

habe den Russen mehr geschadet als den Tschechen. Sein Land habe binnen 24 Stunden alternative Lieferanten gefunden. Rußland in dessen habe viele Geschäftspartner im Westen verprellt und werde auf Jahre unter seinem schlechten Image leiden.

Tschechien bezieht sein Erdöl hauptsächlich aus Rußland, einen Teil jedoch auch über eine aus Deutschland kommende Pipeline. Letztere hat nach Angaben aus Prag die Kapazität, notfalls den gesamten Ölbedarf Tschechiens abzudecken.

Der Wittikobund e.V. lädt zu einer

### kulturellen Veranstaltung

am Donnerstag, dem 9. Oktober, um 18 Uhr, im Adalbert-Stifter-Saal des Sudetendeutschen Hauses, München, Hochstraße 8 – im Zusammenwirken mit den Sudetendeutschen Lehrern e.V., dem Heimatkreis Mies-Pilsen e.V., dem Bezirksverband Oberbayern der SL – ein.

### Nur durch Zusammenhalt sind wir stark!

In der Pause treffen wir uns in der Aula zu Gesprächen und zu einem gemütlichen Umtrunk. Leitung: Prof. Ernst Erhard Korkisch.

## Einladung zum 2. Stammtisch

Samstag, 4. Oktober, Beginn 15 Uhr

Thema: Von Sonnberg (Bezirk Kaplitz) bis Bach (Bezirk Schwanenstadt)

Volkshaus Langholzfeld – Pasching  
Adalbert-Stifter-Straße 31

## Energie AG engagiert sich immer mehr in Südböhmen

Die Wassersparte der Energie AG Oberösterreich überspringt mit einer Akquisition in Budweis die Umsatzmarke von hundert Millionen Euro. Der Expansionskurs in Zentral- und Osteuropa (CEE) soll in den nächsten Jahren fortgesetzt werden. Wachstumsmärkte sind die Segmente Entsorgung, Wasser und Energie. Im Jahre 2008 soll der Konzernumsatz weiter auf eineinhalb Milliarden Euro wachsen. Am 15. August 2008 hat die Energie AG Bohemia, eine Hundert-Prozent-Tochter der EAG Wasser, die südböhmische 1. JVS übernommen. Die fünfte Beteiligung in Tschechien betreibt die wasser-

wirtschaftliche Infrastruktur der Stadt Budweis sowie von weiteren hundert Gemeinden in Süd- und Westböhmen. Der oberösterreichische Konzern hat 38 Brunnen- und Aufbereitungsanlagen, rund 2400 Kilometer Wasserleitungs- und Kanalnetz sowie 69 Kläranlagen. Jedes Jahr werden damit rund 220.000 Einwohner mit elf Millionen Kubikmeter Wasser versorgt. Gleichzeitig kümmern sich Experten um die Reinigung und die Aufbereitung von rund fünfzehn Millionen Kubikmeter Abwasser. In Südböhmen versorgt die EAG durch die VAK JC bereits 330.000 Einwohner.

## SLÖ-AKTIVGRUPPE WIDER DAS VERGESSEN

A-1030 Wien, Steingasse 25, Fax 01 718 59 23, office@sudeten.at

Diesmal beschäftigten wir uns mit der „Bürgermeister Zeitung“, wo in der Nummer 6 / 2008 konsequent der slowakische Ortsname Bratislava verwendet wird, ohne die deutsche Bezeichnung Preßburg auch nur zu erwähnen.

Folgendes Schreiben wurden u. a. an die Bürgermeister Zeitung gerichtet:

Von einem Bekannten wurde mir Ihre Zeitschrift zum Lesen gegeben.

Im Artikel „Wien – Bratislava Wirtschaftsgipfel“ in der Nummer 6 / 2008 wird nur der slowakische Stadtnamen „Bratislava“ verwendet.

Warum verwenden Sie den deutschen Namen der Stadt – Preßburg – nicht zumindest zusätzlich, sondern nur Bratislava?

Entgegen der in der Medienbranche verbreiteten Falschmeinung ist nämlich unverändert der deutsche Name Preßburg in Österreich üblich. Wohin sollte die Preßburger Bundesstraße denn auch sonst führen?

Darüber hinaus bezeichnen Sie Prag ja auch als Prag und nicht als Praha, Brünn als Brünn und nicht als Brno, Rom nicht als Roma, Belgrad nicht als Beograd, Athen nicht als Athina,

Lissabon nicht als Lisboa, Moskau nicht als Moskwa usw. Der deutsche Ortsname Preßburg ist übrigens uralt, während Bratislava erst 1919 „erfunden“ wurde, davor hieß Preßburg auf slowakisch Prešporok oder Prešpurek, was vom deutschen Ortsnamen abgeleitet war. Auf Ungarisch heißt Preßburg unverändert Pozsony, und keiner ungarischen Zeitung, weder in Ungarn noch in der Südslowakei, würde es einfallen, Bratislava zu verwenden.

Das auf Seite 51 im Artikel „Übergabe eines Tanklöschfahrzeuges der FFW Reutte an Albrechtice in Tschechien erwähnte Albrechtice nad Orlicí hat übrigens auch einen traditionellen deutschen Namen: Albrechtisdorf an der Adler.

Ich wünsche mir auch von der „Bürgermeister Zeitung“ mehr kulturelles und sprachliches Bewußtsein, und das umfaßt nun mal auch die Pflege und Lebendigerhaltung der jahrhundertalten deutschen Namen von Städten und Orten, die heute außerhalb Österreichs liegen.

Gerhard Stindl, E-Post / E-mail

Antwort von der „Bürgermeister Zeitung“ haben wir bis Redaktionsschluß leider keine erhalten.

# Deutscher Lastenausgleich vor 60 Jahren erstmals in Bad Homburg beraten

Die Potsdamer Konferenz von 1945 machte zwar eine Aussage über die Vertreibung der Ost- und Sudetendeutschen, sie schwieg aber zur Frage des Eigentums. Dennoch schritten

## Von Friedebert Volk

die Vertreterstaaten ungeniert zur entschädigungslosen Enteignung deutschen Besitzes. Die Notwendigkeit einer Entschädigung für die in Restdeutschland Angekommenen lag auf der Hand, denn den Krieg hatten nicht nur die Ostdeutschen, sondern alle Deutschen verloren.

Zunächst gab es Überlegungen, den Lastenausgleich mit der Währungsreform zu verbinden, was sich aber als zu schwierig erwies. Im August 1948 jedoch, also vor nun sechzig Jahren, setzte der Wirtschafts- und Länderrat der Bizone eine „Gutachterkommission für den Lastenausgleich“ ein. Am 2. September 1948 folgte das „Gesetz zur Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich“. Bis zur Verabschiedung des eigentlichen Lastenausgleichsgesetzes (LAG) durch Bundestag und Bundesrat vergingen aber noch vier Jahre. Es trat am 1. September 1952 in Kraft und erfuh bis 1987 nicht weniger als 31 Novellierungen. Beides, die hohe Zahl der Novellierungen wie der späte Zeitpunkt, deuten auf ein verbissenes Tauziehen um das Gesetzeswerk hin.

## Besitzer fordern Soforthilfegesetz

Es wäre unmenschlich gewesen, die Geschädigten noch länger warten zu lassen. Daher drangen die Besatzungsmächte auf ein Soforthilfegesetz. Es trat am 18. August 1949 in Kraft und verpflichtete die durch den Krieg nicht Geschädigten zu einer jährlichen Abgabe von drei Prozent ihres bei der Währungsreform vorhandenen Vermögens rückwirkend zum 1. April 1949. Bemessungsgrundlage war der (allerdings überholte) Einheitswert der Vorkriegszeit. Für Kleinbauern und Besitzer von Wohnimmobilien wurde der Satz auf zwei Prozent ermäßigt. Unterstützung nach diesem Gesetz konnten nicht nur Vertriebene, sondern auch Spätheimkehrer, SBZ-Flüchtlinge und andere Notleidende beantragen.

## Der lange Weg zum Lastenausgleichsgesetz

Bei den Vorbereitungen für den eigentlichen Lastenausgleichs tritt man lange über die Frage eines „sozialen Lastenausgleichs“, der die Wiederherstellung der ostdeutschen Besitzverhältnisse verhindern sollte und darüber hinaus eine Neuverteilung auch des westdeutschen Besitzes vorsah. Gegen diese „Gleichmacherei“ wandten sich nicht nur die westdeutschen, sondern auch die vertriebenen „Besitzbürger“. Die passenden Kampfbegriffe lieferte der „Kalte Krieg“ mit Schlagworten wie „sozialistisches Experiment“, „kalte Sozialisierung“ oder „kollektivistische Tendenzen“.

Die erste Lesung des LAG fand am 19. Jänner 1951 statt. Wie gering der politische Wille war, rasche Hilfe zu leisten, erkennt man an der langen Frist bis zur zweiten Lesung im Mai 1952. „Vertriebenenfeind Nr. 1“ war, wie Linus Kather einmal sagte, Finanzminister Schäffer. Er hatte leichtes Spiel, weil den Vertriebenen noch untersagt war, eigene Parteien zu bilden. Man verwies sie auf die Mitarbeit in den bestehenden Parteien. Diese aber hatten sich weitgehend gegen Vertriebene abgeschottet, ja standen zum Teil sogar im Verdacht, das (undemokratische!) Koalitionsverbot selbst angeregt zu haben. Insgesamt schafften dennoch 61 Vertriebene den Weg in den Bundestag. Leider unterlagen sie dort teils dem Fraktionszwang (SPD) oder litten unter einem Mangel an Stehvermögen. Selbst der spätere SL-Sprecher Dr. Seeböhm stritt zunächst ab, Vertriebener zu sein, weil seine Familie noch aus der Vorkriegszeit etwas Besitz in Niedersachsen hatte. Den Hauptkampf für das LAG führte daher eine nur kleine Gruppe von Abgeordneten um den Königsberger Rechtsanwalt Dr. Linus Kather (CDU). Sie konnte sich aber nicht einmal auf das Vertriebenenministerium stützen, denn dessen Leiter, Herr Lukaschek, war in vertriebenenpolitischer Hinsicht eine (dem Kanzler vermutlich nicht unangenehme) krasse Fehlbesetzung.

## Machtvolle Demonstrationen

Da Dr. Kather weder in der Regierung noch im Parlament den erwünschten Rückhalt fand,

entschloß er sich, „auf die Straße zu gehen“. Als Vorsitzender des 1949 gegründeten „Zentralverbandes vertriebener Deutscher“ (ZvD) rief er zweimal zu Kundgebungen auf. Einmal vor der zweiten Lesung des Gesetzes im Februar 1951 und dann erneut im Mai 1952 vor der dritten Lesung. Jedesmal füllten rund 60.000 Demonstranten den Marktplatz in Bonn und stärkten Dr. Kather den Rücken.

Als das LAG schließlich im August 1952 in Kraft trat, hatten sich dennoch die eher egoistischen Kräfte durchgesetzt, deren erklärtes Ziel es war, Eingriffe in die Vermögenssubstanz der Nicht-Vertriebenen zu vermeiden. Die Abgaben sollten aus den Erträgen erwirtschaftbar sein, da Substanzschmälerungen den Wiederaufbau hätten gefährden können. Diese Begründung mag in Einzelfällen richtig gewesen sein, zeugt aber insgesamt nicht von wirklicher Solidarität.

## Der Inhalt des Gesetzes

Den Vertriebenen brachte das Gesetz eine Entschädigung nach Höhe des verlorenen Besitzes, wenn auch mit starker Degression. Damit hatte man der Institution des Privateigentums halbwegs systemgerecht Genüge getan. Wie unvollkommen das Gesetz jedoch war, beweisen die insgesamt 31 Novellierungen bis 1987!

Konkret verlangte das LAG eine Abgabe von fünfzig Prozent des Vermögens zum Stichtag der Währungsreform, wobei die schon erbrachten Leistungen nach dem Soforthilfegesetz angerechnet wurden. Als Tilgungsfrist galten dreißig Jahre und als Bemessungsgrundlage wieder die überholten steuerlichen Einheitswerte der Vorkriegszeit, teilweise gemildert durch Freibeträge und Ausnahmen (z. B. kirchliches Vermögen). Am Gesamtaufkommen der Steuern war der Lastenausgleich 1952 mit 5,5 Prozent beteiligt und sank 1956 auf 5,2 Prozent. Diese Abgaben konnten in der Tat aus den Erträgen erwirtschaftet werden, so daß, wie beabsichtigt, von einer fühlbaren Vermögensumschichtung nicht die Rede sein konnte. Unbeachtet bleibt dabei der Aspekt der Steuerehrlichkeit.

Obwohl auf diese Weise bis 2001 die imposante Summe von 145,3 Milliarden DM durch die Kassen der Lastenausgleichsbehörden floß, blieben die individuell ausgezahlten Beträge meist bescheiden. Schäden bis 4800 RM wurden in vollem Umfang ersetzt. Höhere Verluste unterlagen einem stark degressiven Abschlag. Ein Kleinbauer mit fünf Hektar erhielt etwa 5000 DM. Ein Großgrundbesitzer mit 200 Hektar bekam nur 33.880 DM. Etwas günstiger als der Kleinlandwirt stand sich der frühere Inhaber eines Handwerksbetriebes.

Bei Millionenvermögen wurden für die zweite Million zwei Prozent und für die dritte ein Prozent gegeben. Bemessungsgrundlage war wieder der (überholte) Einheitswert der Vorkriegszeit. Im Durchschnitt wurden etwa 22 Prozent der ohnehin unterbewerteten Vermögensverluste ausgeglichen. Wichtig war, daß die Annahme der Gelder laut Präambel des LAG den Anspruch auf das zurückgelassene Eigentum nicht berühre.

Gleichwohl waren die ausgezahlten Beträge für die Empfänger eine sehr wichtige Starthilfe und hatten vor allem eine starke psychologische Wirkung. Man empfand Genugtuung über die Anerkennung des erbrachten Sonderopfers und fühlte sich irgendwie aufgenommen, was ohne Zweifel die Bereitschaft, sich in die bundesdeutsche Gesellschaft einzugliedern, begünstigte.

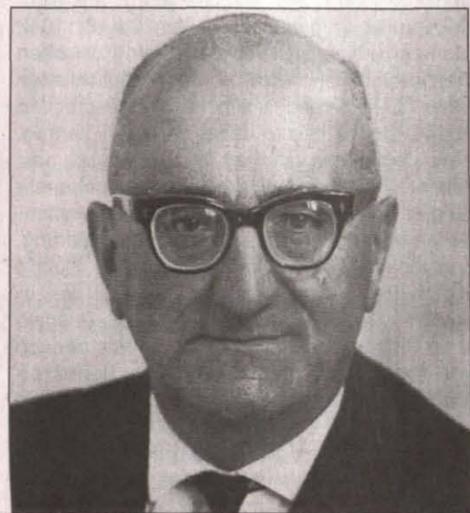
## Weitere Benachteiligungen

Diese Art von Ausgleich ließ leider weitere, oft bedeutendere Benachteiligungen der Vertriebenen unberücksichtigt. An erster Stelle ist der berufliche Abstieg zu nennen. Vielen gelang es nicht mehr, in gleichwertige Berufe zurückzukehren. Besonders Landwirte mußten sich überdurchschnittlich oft mit der Tätigkeit eines Hilfsarbeiters begnügen, was sich natürlich später auch auf die Höhe der Rente auswirkte. Vertriebene lebten dreimal häufiger als Einheimische am Existenzminimum. Die Statistiken zeigten auch einen bedeutenden Rückstand beim Wohneigentum und beim angesparten Geldvermögen.

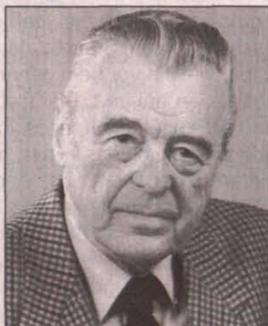
## Vorbildhafte Finnen

Aufs Ganze gesehen, war der Lastenausgleich kein Ruhmesblatt in der Geschichte der BRD. Daß es auch anders ging, zeigte Finnland: Linus Kather unternahm 1951 auf Einladung der Amerikaner zusammen mit anderen Abgeordneten und einigen Ministerialbeamten eine Studienreise dorthin. Finnland mußte 1944 ein Gebiet von 43.000 qkm an die Sowjetunion abtreten und 480.000 Karelier aufnehmen. Schon am 5. Mai 1945 lag ein Ausgleichsgesetz vor, das zum Beispiel jedem vertriebenen Bauern wieder einen Hof verschaffte. Dafür mußten nichtvertriebene Bauern schon ab 25 Hektar etwas von ihrem Grund und Boden abgeben. Als Kather den finnischen Parlamentspräsidenten fragte, wie groß damals die Zahl der karelistischen Abgeordneten im finnischen Parlament gewesen sei, antwortete dieser stolz: „1945 waren wir alle Karelier!“

*Hinweis: Genaueres zu dieser Thematik ist zu finden bei Andreas Kossert, „Kalte Heimat“, 2008, und Linus Kather, „Die Entmachtung der Vertriebenen“, 1964.*



Dr. Linus Kather (1893 bis 1983, Königsberg, maßgeblicher Streiter für den Lastenausgleich im Ersten Deutschen Bundestag.



Von Gustav Chalupa

Zeitgleich mit den Erinnerungen und Feierlichkeiten zum „Prager Frühling“ und dem 40. Jahrestag des Überfalles der Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten auf die Tschechoslowakei, die das Experiment eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ des Parteichefs der KPČ, Alexander Dubček, einem Slowaken, mit brutaler Gewalt abwürgte, rechnet jetzt die Justiz Tschechiens mit dem Kommunismus bzw. kriminellen Funktionären ab. Zwar spät, da eine solche Bereinigung schon 1989 mit dem Sturz des kommunistischen Regimes weit mehr kommunistische Verbrechen und Täter erreicht hätte, aber doch. Daß einflußreiche kommunistische Seilschaften und Kader eine Klärung, Bereinigung und Bestrafung in Tschechien und der Slowakei hintanzuhalten wußten, ist hinlänglich aus innerdeutschen Vorgängen in der BRD und DDR bekannt.

Als erstes rollte der Oberste Gerichtshof ein Berufungsverfahren der berüchtigten kommunistischen Staatsanwältin Ludmila Brožova-Polednova neu auf und setzte die vordem verhängte Freiheitsstrafe auf sechseinhalb Jahre Gefängnis herab. Das nur wegen „Beihilfe zum Mord“, den es in der Forderung der ehemaligen Frau Staatsanwältin auf Todesurteile und hohe Freiheitsstrafen für eine Gruppe von Regierungskritikern im Jahre 1950 als erwiesen sah. Die Hauptangeklagte unter den damals verurteilten dreizehn Angeklagten, die Abgeordnete der Volkspar-

tei (Lidova strana) Milada Strahova, die u. a. wegen „des Versuches zur Rückkehr zum Kapitalismus und Informationen für feindliche Agenten“ zum Tode, und wie damals üblich, durch den Strang, hingerichtet worden war. Mit ihr drei Mitangeklagte. Ein Gnadengesuch der achtjährigen Tochter war vom kommunistischen Staatspräsidenten Klement Gottwald abgelehnt worden. Dieser war bekanntlich von dem berüchtigten Genozid-Präsidenten Edvard Beneš im Jahre 1948 zum Ministerpräsidenten der Tschechoslowakei berufen worden, der so den Tschechen und Slowaken eine vierzigjährige Herrschaft der Stalinisten bescherte, wofür ihm heute Denkmäler in Tschechien aufgestellt werden.

Die ČSR war der einzige Staat im sogenannten Ostblock, in dem die Kommunisten legal zur Macht kamen, während sie in Polen,

Polednova wegen ihres Alters nicht hinter Gitter kommt, im Gegenteil nutzte die Angeklagte das Forum des Berufungsgerichtes, das ihretwegen ausnahmsweise in Pilsen tagte, zu einer Verteidigung der kommunistischen Justiz, die sie „grenzenlos bewunderte und der sie vertraute“. „Sie sollen wissen, daß eine Mörderin aus ihrer Umwelt entsteht“, rief sie zur eigenen Entschuldigung den Richtern zu. Als willfährigem politischem Werkzeug im kommunistischen Justizwesen wird ihr noch die Schuld an weiteren Justizmorden in mehreren hundert Prozessen zwischen 1950 und 1964 angelastet, bevor sie hochgehört in den Ruhestand ging. Wie es heißt, in eine ihr vom Staat zugewiesene Luxuswohnung, in der sie noch heute lebt.

Eine tschechische Tageszeitung kommentierte das milde Urteil für die Mörderin im Talar: „Auch wenn sie die Schuld für viele andere tragen muß, sind wir froh, daß sie wenigstens jemand trägt!“ Von später Sühne kann so kaum die Rede sein. Die unverständliche Milde beleuchtet die erste Verlautbarung des in Prag mit großen Tamtam gegründeten „Institutes für das Studium totalitärer Regime“ (USTR). Auf der Webseite veröffentlichte es jetzt die Namen aus politischen Gründen Justifizierter in den Jahren 1948 bis 1989, also während der Zeit der sogenannten Sozialistischen Republik ČSSR. Vorerst die Lebensläufe und Fotos von 13 Männern, durchwegs hoher Offiziere der tschechoslowakischen Armee, die wegen Hochverrats und Spionage verurteilt und im Juni des Jahres 1949 im Prager Zentralgefängnis Pankrac hingerichtet worden waren. In der gleichen Hinrichtungsstätte, in der kaum drei Jahre zuvor während der sogenannten „demokratischen Beneš-Ära“ mehr als ein Dutzend angesehener Sprecher der Sudetendeutschen gehängt worden waren, ebenfalls nach grauenvollen Schauprozessen mit konstruierten Anschuldigungen, die sich von den stalinistischen Schauprozessen kaum unterscheiden haben.

## SPÄTE SÜHNE

Ungarn, Rumänien, Bulgarien mit den vordringenden sowjetischen Truppen gewaltsam die Regierung stellten. In der Begründung des Urteils des Obersten tschechischen Gerichtshofes wurde der von der kommunistischen Staatsanwältin Prožova-Polednova initiierte Justizmord als „vorher zwischen der Kommunistischen Partei und dem Staatssicherheitsdienst vereinbart“ angeführt. Der Verlauf des Prozesses gegen die zum Tode verurteilte 38jährige christliche Abgeordnete Milada Strahova wurde als „Stalinistischer Schauprozeß“ entlarvt.

Das nun im Berufungsverfahren auf sechseinhalb Jahre Gefängnis herabgesetzte Urteil begrüßte die uneinsichtige ehemalige Staatsanwältin zynisch mit den Worten: „So muß meine Familie wenigstens nicht für mich sorgen.“ Obzwar die 86jährige Ludmila Prožova-

# Von Beneš eingefädelt: Wie Frankreich das Münchener Abkommen annulliert hat

Als Beneš, nachdem Churchill am 10. 5. 1940 britischer Ministerpräsident geworden war, bei dessen Regierung die Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens erreicht und Außenminister Eden am 5. 8. 1942 vor dem britischen Unterhaus erklärt hatte: „Da Deutschland

Von Josef Weikert

bewußt die Übereinkünfte gebrochen hat, die im Jahr 1938 hinsichtlich der Tschechoslowakei getroffen wurden, betrachtet sich die Regierung Ihrer Majestät frei von allen Bindungen in diesem Zusammenhang...“, rief Beneš am folgenden Tag, dem 6. 8. 1942, Maurice Dejean, Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten beim französischen Nationalausschuß des Generals de Gaulle, zu sich und sagte ihm, daß nach der Liquidierung „Münchens“ durch die britische Regierung dies auch die Franzosen tun sollten. Dejean war zur Zeit des Münchener Abkommens Beamter in der französischen Botschaft in Berlin gewesen und hatte sich nach der Kapitulation Frankreichs am 21. 6. 1940 dem „Nationalausschuß des kämpfenden Frankreich“ de Gaulles angeschlossen. Am 24. 8. 1942 kam es zu einer weiteren Begegnung zwischen Dejean und Beneš, bei der über Möglichkeiten einer Liquidierung „Münchens“ gesprochen wurde. Beneš dachte dabei an einen Vertrag, eine Deklaration oder an den Austausch von Briefen; vereinbart wurde die letztgenannte Möglichkeit. In den folgenden Wochen verhandelten der Außenminister der tschech. Exilregierung, Jan Masaryk, und sein Staatssekretär Hubert Ripka über einen Vorschlag Dejeans, der jedoch als lückenhaft angesehen wurde. Deshalb legte Ripka einen neuen Vorschlag vor, der von den Franzosen korrigiert und von Beneš ergänzt wurde. Nachdem am 23. 9. 1942 Dejean und Ripka über den Text der Briefe im Grunde übereingekommen waren, wurden diese am vierten Jahrestag des Münchener Abkommens, am 29. 9. 1942, im Amt des Ministerpräsidenten der tschech. Exilregierung, Msgr. Šrámek, feierlich unterzeichnet und ausgetauscht (E. Beneš, „Paměti“, 1948).

Da der Wortlaut der Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens durch de Gaulle in sudetendeutschen Publikationen meist unvollständig angegeben wird (z. B. bei Nittner, „Dokumente zur Sudetendeutschen Frage 1916 – 1967, Dok. 194), aber jedes im Brief enthaltene Wort vorher sorgfältig mit der tschechischen Seite abgestimmt worden war, sei für geschichtsinteressierte Leser der vollständige Text des Briefes von de Gaulle an den Ministerpräsidenten der tschech. Exilregierung, Msgr. Šrámek (übersetzt aus E. Beneš, „Paměti“) wiedergegeben:

Herr Ministerpräsident,

ich habe die Ehre, der tschechoslowakischen Regierung mitzuteilen, daß der französische Nationalausschuß, sicher seiend, die Gefühle der französischen Nation, der Alliierten und Freunde der Tschechoslowakei zum Ausdruck zu bringen, in der Überzeugung, daß die derzeitige Weltkrise die Freundschaft und Allianz zwischen dem französischen und dem tschechoslowakischen Volk, verbunden durch das gleiche Schicksal, nur vertiefen kann und die eine Zeit gemeinsamer Leiden und Hoffnungen durchleben, getreu der Politik Frankreichs, verkündet, daß es trotz der bedauernden Ge-

schehnisse und Mißverständnisse in der Vergangenheit, eines der grundlegenden Ziele seiner Politik ist, daß die französisch-tschechoslowakische Allianz aus den schrecklichen Prüfungen der heutigen allgemeinen Weltkrise gestärkt und gesichert für die Zukunft hervorgeht.

In diesem Geiste verwirft der französische Nationalausschuß die in München am 29. September 1938 unterzeichneten Übereinkünfte und verkündet feierlich, daß er diese Abmachungen gleich von Anfang an für ungültig erachtet, ebenso jegliche weiteren Akte, zu denen es bei der Durchführung oder im Ergebnis dieser Übereinkünfte gekommen ist.

Nichtanerkennend jegliche, die Tschechoslowakei berührenden Gebietsveränderungen, die im Jahr 1938 oder später eingetreten sind, verpflichtet er sich, alles in seiner Macht Stehende zu tun, soweit es um ihre militärische und wirtschaftliche Sicherheit, ihre territoriale Integrität und um ihre politische Geschlossenheit geht.

Gestatten Sie, Herr Ministerpräsident, die Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung entgegenzunehmen.

Gen. Charles de Gaulle e.h.

Vorsitzender des französischen Nationalausschusses

Mitunterzeichnet ist der Brief vom Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Maurice Dejean. Der vom Vorsitzenden der tschech. Exilregierung, Šrámek, und seinem Außenminister J. Masaryk unterzeichnete, am gleichen Tag an de Gaulle übergebene Antwortbrief wiederholt praktisch die gleichen Formulierungen. Er beinhaltet zum Teil Aussagen aus der Rede Edens vor dem britischen Unterhaus vom 5. August 1942. Beneš hat den Inhalt der ausgetauschten Briefe am 30. September 1942 in einer Weisung an die Heimat über den Londoner Rundfunk kommentiert.

Allgemein ist anzumerken, daß ausgetauschte Briefe im diplomatischen Gebrauch eher Höflichkeitsfloskeln sind, die keine rechtlichen Konsequenzen haben. So haben auch die nach der Unterzeichnung des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Beziehungen zwischen der ČSFR und der BRD vom 27. Februar 1992 ausgetauschten Briefe der Außenminister beider Staaten des Inhalts, daß „die Perspektive vollständiger Integration der Tschechischen und der Slowakischen Föderativen Republik in der Europäischen Union... in steigendem Maße Möglichkeiten herauszubilden wird, daß sich Bürger der Bundesrepublik Deutschland in der Tschechischen und der Slowakischen Föderativen Republik niederlassen können“, bis heute keine solchen Niederlassungsmöglichkeiten „in steigendem Maße“ in beiden Nachbarstaaten der am 1. 1. 1993 zerfallenen Tschechoslowakei bewirkt; trotz ihrer inzwischen erfolgten Integration in die Europäische Union.

Auch Beneš war sich nach dem Austausch der Briefe zwischen dem französischen Nationalausschuß und der tschech. Exilregierung am 29. 9. 1942 darüber im klaren, daß es sich mit den ausgetauschten Briefen nicht um rechtsverbindliche Zusagen gehandelt hat. Deshalb versuchte er, die Erklärung des französischen Nationalausschusses über die Annullierung des Münchener Abkommens auf eine sicherere Grundlage zu stellen.

Nach der Unterzeichnung seines Vertrages mit der UdSSR vom 12. 12. 1943 in Moskau

nahm Beneš seinen Rückweg nach London über Algier, wo ihm am 2. 1. 1944 von de Gaulle ein Empfang bereitet wurde wie einem regierenden Staatsoberhaupt. Während der stattfindenden Gespräche erklärte de Gaulle: „Als am 29. September 1942 zwischen Ihrer Regierung und dem französischen Ausschuss der nationalen Befreiung ein Übereinkommen geschlossen wurde...“, ersetzte es auf neuer Grundlage unsere Allianz, die in jüngerer Zeit durch das hassenswerte Münchener Abkommen abgebrochen worden war... Ich kann Ihnen versichern, Herr Präsident, daß sich keine Macht mehr als Frankreich über Ihren sicheren und leuchtenden Erfolg Ihrer Politik freut...“ (E. Beneš, „Paměti“).

Nach der Landung der Alliierten auf dem europäischen Festland in der Normandie beendete de Gaulle seinen Streit vor allem mit den USA um die Anerkennung des französischen Nationalausschusses als Vorläufige Regierung Frankreichs, indem er auf dem Gebiet des befreiten französischen Mutterlandes eine Zivilverwaltung errichtete und dies auf diplomatischem Wege allen Regierungen der Alliierten anzeigte. Die tschech. Exilregierung war eine der ersten, die den französischen Nationalausschuß als Vorläufige französische Regierung anerkannt hat.

Um die am 29. 9. 1942 erfolgte französische Annullierung des Münchener Abkommens aufzuwerten, kam Beneš mit Dejean, der inzwischen französischer Gesandter bei der Exilregierung geworden war, überein, eine Verlautbarung herauszubringen, die den französischen Standpunkt zu „München“ klarer herausstellen sollte. Beneš beauftragte Ripka, mit Dejean eine solche Erklärung auszuarbeiten. Nachdem Beneš das Elaborat korrigiert und auch die Vorläufige französische Regierung ihre Korrekturen eingebracht hatte, nahm de Gaulle während eines Besuchs bei Beneš in London am 8. Juni 1944 die neue DEKLARATION im Grundsatz an.

Unterzeichnet wurde sie am 22. 8. 1944 von de Gaulle und Dejean für Frankreich und von Msgr. Šrámek und J. Masaryk für die tschech. Exilregierung. Daraus auszugsweise:

„Erneut verkündend, daß sie die Münchener Übereinkünfte mit allen ihren Folgen als von Anfang an für ungültig erachten, stellen die Regierungen der Tschechoslowakei und der Vorläufigen Regierung Frankreichs fest, daß die Beziehungen zwischen beiden Staaten derart erneuert worden sind, wie sie vor dem genannten Abkommen bestanden haben... Die Tschechoslowakische und die Vorläufige französische Regierung sind übereingekommen, in den existierenden Abkommen zu gegebener Zeit Änderungen und Ergänzungen vorzunehmen, die als notwendig erachtet werden, damit die Zusammenarbeit zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich im Rahmen der allgemeinen Sicherheit, der Erneuerung Europas wie der Welt enger und wirkungsvoller wird.“

Aber auch eine Deklaration ist kein völkerrechtlich bindender Vertrag. So hält Radovan Suchánek vom Lehrstuhl für Verfassungsrecht an der juristischen Fakultät der Karlsuniversität eine Deklaration lediglich für ein politisches Dokument, das beide Seiten nur auf politischer, niemals auf rechtlicher Ebene bindet. Nach Suchánek sind Deklarationen Bestandteile des sogenannten internationalen weichen Rechts, die eher Formen von Empfehlungen, Beurteilungen zusammenfassen und nicht einmal immer in schriftlicher Form fixiert sein müssen

(Pizeňský deník 12. 12. 1996: Die tschechisch-deutsche Deklaration ist rechtlich nicht bindend).

Mit der Annullierung des Münchener Abkommens durch de Gaulle ergänzen einander zwei Interessenlagen: Der „Präsident-Erbauer“ (president budovatel) E. Beneš, einer der eifrigsten Verfechter dieses Staatskonstrukts auf der Pariser Friedenskonferenz nach dem Ersten Weltkrieg, wollte das Münchener Abkommen ungeschehen machen, weil es vor aller Welt die Geburtsmängel dieses Staates offenkundig gemacht hat und damit für den Geburtshelfer Beneš eine Niederlage seiner Politik bedeutete. De Gaulle wollte mit der Annullierung des Münchener Abkommens die internationale Aufwertung seines Nationalausschusses als Regierung Frankreichs voranbringen.

\* \* \* \*

Während die Deutsche Demokratische Republik in Art. 7 ihres Vertrags mit der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 17. März 1967 das Münchener Abkommen als von Anfang an für ungültig erklärt hat mit allen sich daraus ergebenden Folgen, erachtet die Bundesrepublik Deutschland in Art. 1 ihres Vertrags mit der ČSSR über gegenseitige Beziehungen vom 11. Dezember 1973 das Münchener Abkommen vom 29. September 1938 „im Hinblick auf die gegenseitigen Beziehungen nach Maßgabe dieses Vertrages als nichtig.“ Der Vertrag enthält etwa die gleiche Begründung für diesen Schritt wie im erstgenannten Vertrag zwischen der DDR und der ČSSR.

Wenn schon das Münchener Abkommen deshalb für ungültig erklärt wird, weil es „der Tschechoslowakischen Republik unter Androhung von Gewalt... aufgenötigt worden war“, müßte dann nicht auch die Grenzziehung der Tschechoslowakei gleich nach dem Ersten Weltkrieg – von Anfang an – ungültig sein, weil sie unter Anwendung militärischer Gewalt entgegen dem Willen der betroffenen deutschsprachigen Bevölkerung der Randgebiete erzwungen war??

## Sonderausstellung in Klosterneuburg

Das Mährisch-Schlesische Heimatmuseum, Schießstattgasse 2, 3400 Klosterneuburg, präsentiert wieder eine neue Sonderausstellung: „Baukunst und Kunsthandwerk der Architekten Bauer, Hoffmann und Olbrich“.

Vor hundert Jahren starb der Erbauer der Wiener Secession, Joseph Maria Olbrich. Dies war für das Mährisch-Schlesische Heimatmuseum Anlaß, in einer Sonderausstellung des Architekten und seiner Zeitgenossen Leopold Bauer und Josef Hoffmann zu gedenken.

Sie alle stammten aus dem mährisch-schlesischen Raum und absolvierten ihr Studium an der Akademie der Bildenden Künste in Wien. Dort fanden sie Anschluß an die Künstler- und Architektengruppe, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf der Suche nach einem eigenständigen, zeitgenössischen, künstlerischen Ausdruck war, der die überholte Stilkopie des Historismus und den Schwulst der Gründerzeit ersetzen sollte. Um ihre Ideale verwirklichen zu können, gründeten sie im Jahre 1897 die „Wiener Secession“.

Der Schwerpunkt dieser Gedenkausstellung liegt auf den Herkunftsorten der Künstler – Tropaup, Jägerndorf und Pírnitz – sowie auf den Gebäuden, die sie in ihrer mährisch-schlesischen Heimat errichtet haben. Gezeigt werden aber auch einige ihrer Bauwerke aus Wien, die das Stadtbild maßgeblich geprägt haben – sowie solche aus dem Ausland, durch die sie Weltruf erlangten. Abgerundet wird die Ausstellung mit einer Auswahl der unzähligen Entwürfe, mit denen Bauer, Hoffmann und Olbrich die Innenarchitektur, die Wohnkultur, ja den ganzen Lebensstil beeinflussten: Möbelskizzen, Stoffmuster, Lampen, schmiedeeiserne Gitter bis hin zu Geschirr, Schmuck und Bucheinbänden.

Die Ausstellung ist geöffnet bis 14. April 2009, Dienstag von 10 bis 16 Uhr, Samstag von 14 bis 17 Uhr, sowie Sonn- und Feiertag von 10 bis 13 Uhr. (Geschlossen von 20. Dezember 2008 bis 12. Jänner 2009.) Telefon: +43 (0) 22 43 / 444-287 / +43 (0) 22 42 / 52 03, E-mail: information@mshm.at – Internet: www.mshm.at

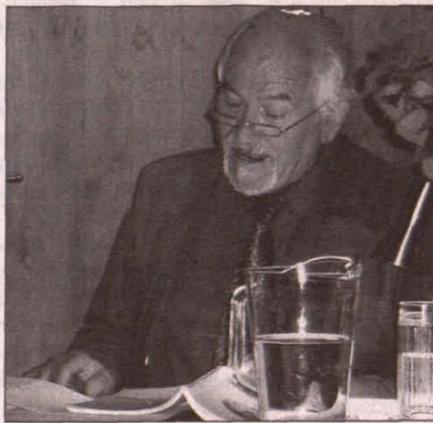
## Bowling-Turnier am 4. Oktober in Wien

Alle Bowling- und Kegelfreunde sind zum 25. Norbert-Göbel-Gedächtnis-Bowling-Turnier am Samstag, 4. Oktober, in das Bowlingcenter, Wien 21, Pintagasse 4 (Untergeschoß), nächst dem Floridsdorfer Markt, eingeladen. **Bitte beachten: Wir sind diesmal nicht beim Engelmann!** Beginn ist pünktlich um 14 Uhr (Treffpunkt 13.40 Uhr). Dauer zirka zwei bis drei Stunden, inklusive Siegerehrung. Jedermann kann daran teilnehmen, ohne Altersbeschränkung. Mit Straßenschuhen bzw. eigenen Sportschuhen darf nicht gespielt werden – Schuhe müssen gegen geringes Entgelt in der Sporthalle entliehen werden. Zur Abdeckung der Bahnmiene wird von jedem Teilnehmer ein kleiner Spesenbeitrag eingehoben. Schöne Pokale und kleine Sachpreise warten auf die Teilnehmer.

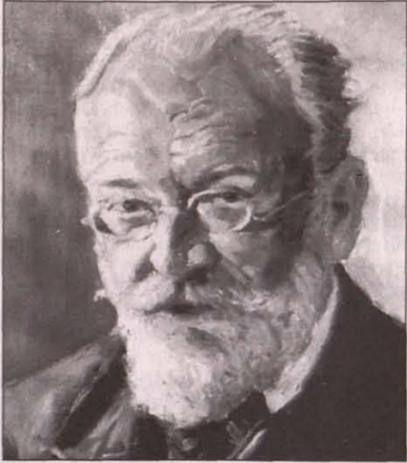
## Der Sprung aus dem Schatten

Peter Kutzer Salm gestaltete am Montag, dem 15. September einen heiter-besinnlichen Abend im Rahmen der Max-Böhm-Gesellschaft im Schloß Pötzleinsdorf in 1180 Wien.

In einer generationsüberschreitenden Multimedia-Schau arbeitete er an Hand von Anekdoten heraus, wie sein Vater Friedrich (1915 bis 1998) den Sprung aus dem Schatten, seines Großvaters – des berühmten Malers Ernst Kutzer (1880 bis 1965) schaffte. Ernst Kutzer kam aus Böhmisches Leipa und wohnte ab 1915 in Wien-Währing. Der berühmte „Maxi Böhm“ hatte seine Wurzeln in Teplitz Schönau! Z



Einladung zum Tag der offenen Tür und zum Vortrag:



**„Der Dichter Karl Klostermann und der Böhmerwald“**

am Samstag, 27. September, um 15 Uhr, in den Museumsräumen.

Eintritt: Freiwillige Spenden

Im Anschluß an den Vortrag möchten wir Sie zu einem kleinen Imbiß mit eigens gebrautem Klostermann-Bier aus Strakonitz (CZ) einladen.

Bei dieser Veranstaltung ist auch die Bücherei geöffnet. Entlehnungen und Rückgaben sind möglich!

Museum der Heimatvertriebenen in Vöcklabruck, Salzburger Straße 8a, 4840 Vöcklabruck Berta und Johann Eder, Tel.: 0 76 73 / 34 68

**Professor Dr. Adolf Hampel – 75**

Am 7. September beging unser Landsmann Professor Dr. Adolf Hampel seinen 75. Geburtstag. Der 1933 im sudetenschlesischen Kleinherrlitz bei Troppau Geborene wurde durch die Vertreibung mit Eltern und Geschwistern nach Niederbayern verschlagen und studierte nach dem Abitur in Reimlingen Theologie in Königstein und Rom. In der Ewigen Stadt erwarb er sich im Russicum seine exzellente Kenntnis der russischen Sprache und entwickelte seine Liebe zur Ökumene. In Königstein war er nach dem Doktorat in Rom Assistent des Leiters der Königsteiner Anstalten, Prälat Adolf Kindermann, und wurde bald auch Dozent für Ostkirchenkunde und die Lehre vom Marxismus sowie Lektor für Russisch. 1969 wurde er nach Gießen berufen und lehrte dort bis zu seinem Ruhestand an der Justus-Liebig-Universität Kirchengeschichte.

Schon früh besuchte Hampel die östlichen Nachbarländer und führte unter zum Teil damals noch schwierigen Bedingungen Gruppen in alle Staaten des ehemaligen Ostblocks. Verschiedene Institutionen holten ihn als Berater. Bei entscheidenden politischen Ereignissen, wie dem Prager Frühling 1968, in der Zeit des Kriegsrechtes in Polen 1980 oder bei der Erklärung der Unabhängigkeit Litauens 1990 war er am Ort des Geschehens.

Ein Glücksfall für unsere Volksgruppe war es, daß Adolf Hampel in Königstein bei seinem damaligen Schüler Rudolf Grulich die Begeisterung für den deutschen und europäischen Osten weckte und mit ihm in über 40jähriger Kollegialität und Freundschaft die Idee des alten „Königstein“ von Weihbischof Kindermann gegen alle Widerstände (auch innerhalb der Kirche) nicht untergehen ließ. Daß das Institut für Kirchengeschichte von Böhmen – Mähren – Schlesien heute in Nidda als „Haus Königstein“ weiterbesteht,

haben wir auch ihm zu verdanken. Neben seiner wissenschaftlichen Arbeit und seiner thematisch weitgefächerten Lehrtätigkeit in Königstein und Gießen war Hampel stets ein Mann der Praxis. Als Referent ist er bis heute ebenso bekannt wie als kundiger Reiseleiter, der die Kontakte zum Osten schon knüpfte, als dies manchen Organisationen, die sich heute als Vorreiter fühlen, noch suspekt und zu gefährlich war. Als Publizist gab er Anstöße und Anregungen, die Wirkung zeigten, wie die „Sudetendeutsche Bestandsaufnahme 2003“.

Neben Büchern wie „Perestrojka als Aufgabe für Christen“ oder „Gott in Rußland“ (mit Thomas Ross) hat sich Hampel auch als Herausgeber verschiedener Bücher einen Namen gemacht. Mit Rudolf Grulich gibt er die „Texte zum Ost-West-Dialog“ heraus, eine Taschenbuch-Reihe, in der er auch einige Bücher mit Grulich verfaßte oder aus dem Russischen übersetzte. Über den ersten Band dieser Reihe schrieb Nikolaus Lobkowicz in der „Zeitschrift für Politik“, dieser Text „verschlügt einem in der Tat fast den Atem“. Es handelte sich um die von Hampel aus dem Russischen übersetzte Arbeit des georgischen Ethikers Gela D. Bandzeladze, dessen Bedeutung für die Perestrojka bis heute zu wenig bekannt ist. In dem Buch „Maastricht starb in Sarajevo. Gegen die Totengräber Europas“ geißelt er mit Grulich die langjährige Untätigkeit des Westen im Balkankonflikt. In dem Band „Mit den Beneß-Dekreten in die EU?“ wendet er sich gegen die Aushöhlung der Werte Europas, weil Vertreiberstaaten in die EU kamen, ohne die Unrechtsdekrete von 1945 aufheben zu müssen.

Wir wünschen dem Jubilar noch lange Jahre erfolgreichen Schaffens und freuen uns auf seine weiteren Vorträge und Arbeiten. Wolfgang Stingl

**Kulturverein Südmährerhof**

Bei sommerlichen Temperaturen fanden sich wieder über vierzig Landsleute zum Vereinsnachmittag am 11. September ein und ließen die Ereignisse des Sommers Revue passieren. Reiner Elsinger beglückwünschte die im September Geborenen: Dipl.-Ing. Reinhard Novotny (93), Mitzi Merighi, Gerti Spiller und Walter, Prof. Franz Gerstenbrand, Herma Schönplugg, Barbara und Bruno Grojer, Helga Hostalek, Erich Feller (75), Anny, Hans und Christian Czerny, Franz Ginzl, Gisela und Fritz Künscher (80!), Luise Glantzl, Irma Czujan, Rudolfine Beierl, Hermine Moryc; und von der jüngeren Generation Birgit Grech, Nina Pollak. – Der Verein dankt für je Euro 50,- Geburtstagsspenden von Willi Latziny, der auch Reiner Elsinger offiziell zum Geburtstag gratulierte und Fritz Künscher anlässlich seines Achtzigers. Anschließend beschäftigte sich der Obmann mit einem Rückblick auf das Geislinger Treffen und dem Dank für die stimmungsvolle Morgenfeier an Günter Grech beim Ostlandkreuz. Den Höhepunkt der würdigen Veranstaltung stellte wieder die festliche Eröffnung am Samstag, mit der Kulturpreisverleihung an Prof. Dr. Alfred de Zayas dar. Der Besuch im Festzelt ließ zu wünschen übrig, so daß voraussichtlich nächstes Jahr die Michelberghalle ausreichen wird. – Ein besondere Dank galt den Mitwirkenden beim erfolgreichen Südmährer Kirtag mit über 1400 Besuchern und unseren fleißigen „Mehlspeis-Frauen“, die wieder wesentlich zum Erfolg beitrugen. Kritik gab es lediglich bezüglich des Kommentars in der Fernsehberichterstattung und der Oberflächlichkeit, mit der unsere Sonderschau „Venus von Wisternitz“ bedacht wurde, was allerdings erst in der Nachbetrachtung Früchte tragen wird. Luise Glantzl war auch mit Heinz Fischer bei Prof. Dr. Löttsch im „Naturhistorischen“ bezüglich der Verwendung des deutschen Ortsnamens für Unter Wisternitz in der dortigen Venuschau. – Inzwischen haben wir auch einen Folder aufgelegt, der schon beim „Naturgartenfest“ am 13. September am Südmährerhof (5500 Besucher) beachtliches Interesse, namentlich bei den Prominenten (L-Abgeordnete, LR Sobotka, Landes- schulispektor, Volkskultur NÖ, Kulturbeamte des Landes u. a.) fand. Weitere Berichtspunkte waren die Landesausstellungen 2009 und 2013, sowie eine neuzeitliche Umgestaltung der Inhalte des Südmährerhofes im Hinblick auf die Nachkommengeneration. Zu guter Letzt wurden noch vier Gedenktage erwähnt: 325 Jahre Türkenbefreiung von Wien, die durch die Zuwanderung bereits wieder überholt scheint; der Tod von Bürgermeister Leopold Götz vor hundert Jahren, der achtmal Nikolsburger Bürgermeister, daneben Landtags- und Reichstagsabgeordneter, wie auch ein wesentlicher Gestalter des Mährischen Ausgleichs (Leiter des Schulausschusses) war und sein Vermögen von 80.000 Gulden der Stadt vermachte, was einen Hinweis auf das Millionenvermögen der Stiftungen der Stadt ergab, von denen heute niemand mehr spricht. Schließlich das 90 Jahre dauernde Unrecht, als 1918 der erklärte Anschluß von „Deutsch-Südmähren“ an Niederösterreich – im niederösterreichischen Landtag am 5. November 1918 angenommen – durch den Diktatfrieden verhindert wurde, und schließlich 70 Jahre Befreiung aus tschechischer Unterdrückung im September 1938. Günter Grech verlaublich das Programm des Ausfluges am 7. Oktober ins Weinviertel. Reiner Elsinger

**VERANSTALTUNGSKALENDER WIEN U. NIEDERÖSTERREICH**

**Sonderausstellung „Baukunst und Kunsthandwerk“** bis 14. April 2009 im Mährisch-Schlesischen Heimatmuseum, Schießstattgasse 2, in Klosterneuburg: Di (10 bis 16 Uhr), Sa (14 bis 17 Uhr), So u. Fei (10 bis 13 Uhr).

**Ausstellung** der Stadt Grazten und des Böhmerwaldmuseums in Wien: „Auf den Spuren der gemeinsamen Geschichte“ bis 30. Oktober 2008 in der ehemaligen Lohgerberei (Kozeluzna) in Grazten (Nove Hrady).

**SEPTEMBER**

27. September, 14.30 bis 16.30 Uhr: **Sudetendeutscher Heimattag** im „Haus der Heimat“: „Tag der offenen Tür“ mit Filmvorführungen in Wien 3, Steingasse 25.

28. September, ab 12.00 Uhr: **Sudetendeutscher Heimattag** in Klosterneuburg mit Platzkonzert, Hochamt, Festzug, Toten-Gedenkfeier und Kundgebung in der Babenberghalle.

27. und 28. September, 9.00 bis 12.00 Uhr: **Sonderausstellung** „Johann Peter – der Rosegger des Böhmerwaldes“, zum 150. Geburtstag im Böhmerwaldmuseum in Wien 3, Ungargasse 3.

**OKTOBER**

4. Oktober, 19.00 Uhr: **Tanzabend** der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Donauschwaben und Siebenbürger Sachsen im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25.

5. Oktober, 8.00 Uhr: **Familienausflug** des OEAV Reichenberg zu den Macochahöhlen bei Brünn. Kontakt: Seidler, 01 / 48 45 2 20.

10. Oktober, 19.00 Uhr: **Videoabend** „Nordböhmen“, Teil 1 der Heimatgruppe Wien und Umgebung im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25.

11. Oktober, 7.00 Uhr: **Herbstkulturfahrt** des ASÖ (Kloster Raigern, Austerlitz...) von Wien. Kontakt: J. Mord, 0 25 22 / 76 38.

12. Oktober: **Hedwigsmesse** in der Deutsch-Ordenskirche in Wien 1, Singerstraße 7.

17. Oktober, 7.30 Uhr: **Herbstfahrt** der Landsmannschaft „Thaya“, von Wien. Kontakt: Dkfm. Grech, 01 / 81 23 953.

18. Oktober, 7.00 Uhr: **Herbstkulturfahrt** des ASÖ (Retz, Znaim), von Laa: Kontakt: J. Mord, 0 25 22 / 76 38.

26. Oktober, 15.00 Uhr: **Sudetendeutsches Totengedenken** in der Augustinerkirche in Wien.

**Gesellschaftsabend**

mit Tanz am Samstag, dem 4. Oktober, ab 17 Uhr, im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25 (Festsaal im Erdgeschoß).

Der Abend wird gemeinsam von der SL, den Donauschwaben und den Siebenbürger Sachsen in Zusammenarbeit mit der SdJÖ veranstaltet. Musik über CD durch DJ Herrn Krämer (mit Wunschmelodien).

Es gibt warme und kalte Speisen. Eintritt frei – Spenden werden erbeten. Jedermann ist herzlichst dazu eingeladen – Freunde können mitgebracht werden.

**30. Wiener Genealogenstammtisch: Unseren Wurzeln verbunden**

Gleichzeitig mit dem 30. Genealogenstammtisch wird auch das Fünf-Jahres-Jubiläum gefeiert. Aus diesem Anlaß wurde ein kleines wissenschaftliches Symposium „Unseren Wurzeln verbunden – Familienforschung in Alt-Österreich“ organisiert, welches rund um den Stammtisch stattfindend wird.

Als **Referenten** sind vorgesehen: Dkfm. Helmuth Tautermann, Mitbegründer des Wiener Genealogenstammtisches: Der Wiener Genealogenstammtisch – eine Zwischenbilanz.

Mag. Ulrike Erben, stv. Leiterin des Diözesanarchiv St. Pölten: Matrikenbücher – und sonst? Das Pfarrarchiv als Fundgrube für genealogische, sozial-, kultur- und medizingeschichtliche Fragestellungen.

Dr. Gernot Peter, Leiter des Böhmerwaldmuseums Wien: Familienforschung im Böhmerwald.

Mag. Anton Matyas: Präsentation: Ein neues, dynamisches Ahnenbezeichnungssystem.

Dr. Leopold Strenn, Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen: Vom Militärgeographischen Institut zum Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen (BEV) – Historische Bestände für Familienforscher.

Ing. Felix Gundacker, Leiter des Instituts für historische Familienforschung (IHFF): Heiteres und Kurioses aus der Ahnenforschung.

Mag. Gottfried Böck: Weinviertler Zeitungen – eine wertvolle Quelle für Historiker.

Michael Ambrosch, Projektteam Wiener Zeitung: Das Projekt Wiener Zeitung, Idee, Entwicklung, Zwischenbilanz, Suchmöglichkeiten.

Dr. Arthur Stögmann, Leiter des Hausarchivs der regierenden Fürsten von Liechtenstein in Wien: Das Liechtensteinarchiv in Wien, größtes Privatarchiv des Landes.

Emer. Univ.-Prof. Mag. Dr. Gustav Reingrabner: „Reformation“, Bekehrung und Emigration im Viertel ober Wienerwald zwischen 1652 und 1660.

Günter Ofner, Mibegründer des WGSt.: Umgangs-, Schrift-, Schul- und Amtssprachen in der Donaumonarchie.

Um die Tagungskosten nicht explodieren zu

lassen, haben sich alle Referenten unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

**Ort der Tagung** wird das Europahaus in Wien 14, Hütteldorf, Linzer Straße 429, sein. – <http://www.europahauswien.at/veranstaltungenzentrum/tagungshaus.htm>

Da für die Saalmiete, für die Tagungsmappen usw. natürlich Kosten anfallen, werden die Teilnehmer um Spenden von jeweils ca. 20,- Euro ersucht.

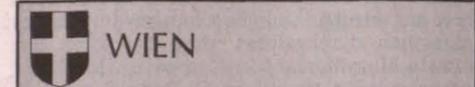
**Zeit:** 3. und 4. Oktober 2008, jeweils ab 14.00 Uhr.

Der 30. Stammtisch selbst wird am Abend des 3. Oktober im Restaurant des Miller-Aichholz-Schlusses, Hütteldorfer Straße 429, Wien 14, stattfinden.

Da die Teilnehmerzahl am Symposium „Unseren Wurzeln verbunden, Familienforschung in Alt-Österreich“ beschränkt ist, wird um eheständige Anmeldung ersucht:

**Anmeldung:** Per E-mail an: guenter.ofner@chello.at und / oder

durch die Einzahlung des Selbstkostenbeitrages von zirka 20,- Euro auf das Konto: Wiener Genealogen-Stammtisch (WGSt.), ERSTE Bank, Konto Nummer 281-214-205/03, Bankleitzahl 20111.



**Arbeitskreis Südmähren**

Bei den Festveranstaltungen des Heimattages in Wien und Klosterneuburg am 27. und 28. September werden wir mit den Fahnen und Trachtenträgern vor allem beim Festzug am Sonntag, 14 Uhr, in Klosterneuburg wieder dabei sein. – Nächste Heimstunde am Dienstag, dem 7. Oktober, im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, 2. OG. – „Trachten und Brauchtum im Wandel der Zeit“, III. Teil, Beginn um 19.30 Uhr. – Unsere Herbst-Kulturfahrt führt uns am Samstag, dem 11. Oktober, nach Kloster Raigern, Austerlitz usw. Abfahrt um 7 Uhr, Friedrich-Schmidt-Platz, beim Wiener Rathaus. Bezüglich Restplätze sofort bei Josef Mord, Tel. / Fax: 0 25 22 / 76 38, anfragen.

**Humanitärer Verein der Schlesier**

Noch bevor die meisten von uns sich in den Urlaub verabschiedeten, stand die 4. Wallfahrt nach Schlesien auf dem Programm. 37 Landsleute machten sich am 23. Juli auf in die alte Heimat. Der erste markante Punkt war diesmal die Burg Sternberg. Die fehlende deutschsprachige Führung wurde wettgemacht durch mannigfaltige Erklärungen von Professor Demel vom Deutschen Orden, der natürlich wieder mit dabei war. Ein interessantes Erlebnis. Nach dem Mittagessen auf einem Reiterhof im mährisch-schlesischen Katzdorf ging's weiter nach Jägerndorf ins Quartier. Am Abend die Wallfahrtsmesse, diesmal am Burgberg. Denn die Köhlerbergkirche ist wegen Baumängel derzeit gesperrt. Pater Bernhard feierte mit uns in der wunderschönen Kirche eine besinnliche Stunde. Beeindruckend das Altarbild der Jungfrau Maria mit den sieben Schwertern. Danach gemeinsames Abendessen im Hotel. Am nächsten Morgen mit dem Bus nach Röwersdorf und von dort mit der Schmalspurbahn rauf an die polnische Grenze nach Hotzenplotz. Soviel Fahrgäste hat die kleine Bahn wohl schon lange nicht mehr transportiert. Es war eine richtige Gaudi. In Hotzenplotz machten wir dann einen Spaziergang zum jüdischen Friedhof. Sonst gibt es in dieser gottverlassenen Gegend wenig zu sehen, fast keine alte Bausubstanz. Mit dem Bus weiter nach Roßwald. Eine freundliche Frau öffnete uns die Kirche, die wirklich sehenswert ist. Die bunten Glasfenster sind fast vollständig erhalten, sie wurden damals größtenteils von der deutschsprachigen Bevölkerung gewidmet. Auch die Sprüche an den Gewölben sind deutsch. Pater Bernhard segnete unseren Aufenthalt an diesem stillen Ort. Weiter ging's nach Liebenthal, wo uns der Pfarrer schon erwartete. Er ist bemüht, das

deutsche Kulturgut zu erhalten. Das merkten wir an dem wiederhergestellten Kreuzweg mit deutscher Beschriftung. Da er einigermaßen unsere Sprache spricht, gab es rege Unterhaltung und viele Fragen. In Schönwiese gab es dann Mittagessen und anschließend machten wir einen Abstecher zum renovierten Schloß Geppersdorf, das nun für Ausstellungen genutzt wird. Zurück in Jägerndorf war Zeit für eine Kaffeepause und um Erlebnisse zu verdauen. Später dann nach Neurode am Stausee. Die Heimfahrt in der Dämmerung war besonders stimmungsvoll. Es hatte öfters geregnet und nun zogen die Nebelschwaden durch eine geheimnisvolle Landschaft. Unser Fahrer hatte sogar die passende Musik dazu! Da wir am nächsten Morgen nicht so zeitig aufbrechen, war noch Zeit für einen Spaziergang durch Jägerndorf. Auf der Heimfahrt nach Wien stand noch Olmütz auf dem Programm. Nach den teils verregneten zwei Tagen war es nun sonnig und heiß. Wir fuhren erst auf dem Heiligen Berg. Prof. Demel hielt eine Andacht mit uns. Der Kirchenraum wird teilweise restauriert, und so saßen wir vorne im Altarraum. Eine imposante Kirche, die weit ins Land hinausschaut. Wir durften am Ende noch in den Klosterhof mit seinen schönen Arkaden. Dann lud uns der Bus in der Nähe des Wenzeldomes ab. Fast hätte ich ihn nicht erkannt. Die ehemals schwarzen Türme sind gereinigt worden. Es gibt soviel Interessantes von Pater Bernhard zu hören, daß wir am Ende leider wieder antreiben müssen. Wir haben noch einen Spaziergang quer durch Olmütz vor uns, bis zum Rathausplatz, wo wir im Gaukler gut zu Mittag gegessen haben. Dann werden noch ein paar Fotos geschossen und ein paar lassen sich im Café Mahler mit Eiskaffee verwöhnen. Mit einer stürmischen, gewittrigen Pause im Motorrest Brunn geht's dann entgeltlich heimzu. Drei schöne, ereignisreiche Tage sind zu Ende und uns bleibt nur, Danke zu sagen an unsere Reiseleiter für die Disziplin und an Familie Lehr für die gute Vorbereitung. – **Nachruf:** Am 10. 9. verabschiedeten wir uns von unserem langjährigen Ehrenmitglied Frau Sophie Kollmann. Geboren 1914 in Spachendorf im Sudetenland, besuchte sie in Bennisch die Schule und arbeitete später bei ihrem Bruder in Jägerndorf. 1938 heiratete sie ihren Walter. Nach der Vertreibung wurde Wien zur neuen Heimat. 1947 kam Tochter Dorothea zur Welt. Sophie war eine unentbehrliche Mitarbeiterin im Verein. Ob im Fasching, bei der schlesischen Bauernbühne oder beim Vortrag ihrer unzähligen lustigen Geschichten – wir haben ihr immer mit Vergnügen zugehört. Beim Heimtag in Klosterneuburg und vielen anderen Veranstaltungen waren sie und Walter in ihren schönen, alten Trachten dabei. Sie wird uns immer in Erinnerung bleiben. Unsere Anteilnahme gehört ihrer ganzen Familie. – **Nächste Termine:** 12. Oktober: Hedwigsmesse in der Deutsch-Ordenskirche, 9 Uhr (1010, Singerstraße 7). 17. Oktober: Heimatabend (Kirmes), 15 Uhr. 26. Oktober: Totengedenken der Heimatvertriebenen, 15 Uhr, Augustinerkirche. 21. November: Heimatabend, 15 Uhr. 30. November: Adventsingen im „Haus der Heimat“, 16 Uhr (1030, Steingasse 25). 19. Dezember: Heimatabend mit Weihnachtsfeier, 15 Uhr. Unsere Vereinsabende finden im „Restaurant Maria am Siegel“, 1150 Wien, Dingelstedtgasse 3, statt. H.B.

## OBERÖSTERREICH

### Enns-Neugablonz – Steyr

Nach einigen sehr schönen sonnigen Spätsommertagen zu Beginn des Monats September hat uns sehr herbstliche Kälte und Regenwetter erwischt, auf die wir gar nicht gefaßt waren und die niemandem behagen. Jedoch dagegen läßt sich eben nichts machen. – Wir können nur unseren Geburtstagskindern des Monats Oktober recht herzlich zu ihrem Ehrentag gratulieren und alles Liebe und Gute, vor allem Gesundheit wünschen: Ingrid Hennerbichler am 8., Rüdiger Hartig am 10., Eveline Pichler am 17., Gertrude Rudolf am 25., Peter Brosche am 30. – Der nächste monatliche Trefftermin ist der 9. Oktober – wie immer im Café Hofer – bitte vormerken, nicht vergessen! Ch. N.

### Eghalanda Gmoi z'Linz



**Kulturreise 2008.** – Die Eghalanda Gmoi z'Linz führte von 25. bis 30. August ihre diesjährige Kulturfahrt nach Polen und in die Nordostslowakei durch. Wir starteten um 4 Uhr von diversen Einstiegsstellen. Nachdem die

letzten Gäste in Wien zugestiegen waren, ging es zügig Richtung tschechische Grenze, hier war eine kurze Labung angesagt. Das Mittagessen gab's in Olmütz, anschließend einen kurzen Rundgang durch die sehenswerte Stadt. Weiter ging die Fahrt direkt nach Krakau, hier bezogen wir die Zimmer im Hotel „Ibis“. Wer noch fit genug war, konnte nach dem Abendessen eine erste Erkundungsrunde durch die abendliche Stadt machen, weil unser Hotel sehr zentrumsnahe lag. Um unseren bewährten Chauffeur Willi von Busreisen-Lehner zu entlasten, wurde das Programm des zweiten Tages zur Gänze per pedes bewältigt. Wir besichtigten vormittags den „Wawel“ (Kathedrale, Sigismundkapelle, Königsschloß). Die Schönheit dieser Kulturgüter beeindruckte die gesamte Reisegruppe tief. Das Mittagessen wurde am Ende der Kanonicza-Straße eingenommen, die einst die schönste Straße des alten Krakau war, heute strahlt sie eine ungewöhnliche Nostalgie aus. In dieser Straße verbrachte auch Papst Johannes Paul II. einige Jahre seiner Jugend. Die Häuser 18 und 19 bis 21 sind ihm gewidmet. Frisch gestärkt konnten wir am Nachmittag die Stadtführung fortsetzen. Es ging in die Altstadt, zur Marienkirche, zur Markthalle und andere bedeutende Plätze. Besonders beeindruckend war der Markt, der einer der größten mittelalterlichen Plätze Europas ist (200 mal 200 Meter). Es gab dann Freizeit für die Gruppe, denn die Verkaufsstände in der Tuchhalle, bestückt mit Bernsteinschmuck, zogen alle in den Bann. Der dritte Reisetag brachte uns nach Wieliczka (Salzbergwerk). Die Meinung einiger Teilnehmer, daß wir solche Bergwerke auch zuhause haben, wurde gründlich widerlegt. Wir hatten einen exzellenten Führer, der sehr gut Deutsch sprach, in seinem Berufsleben Geologe war und somit auch die geologische Seite sehr gut nahebringen konnte. Beeindruckend waren nicht nur die Figuren aus Salz, sondern auch die Kronleuchter und der Boden der einzelnen Säle. Ein wahres Erlebnis! Am Nachmittag besichtigten wir Kazimierz, das jüdische Viertel von Krakau. Wir waren in der Remuh-Synagoge und auf dem benachbarten Friedhof. Die Synagoge dient bis heute als Gebetshaus. Wir konnten auch einen Blick auf die „Alte Synagoge“ werfen und besichtigten „Schindlers Haus“, bekannt durch den Film, den Steven Spielberg im Jahre 1993 hier drehte. Der Abend klang mit einer Schifffahrt auf der Weichsel aus, wo man vom Fluß aus einen wunderbaren Blick auf das beleuchtete Krakau, insbesondere die Wawel-Anlage, werfen konnte. Am vierten Tag verließen wir Krakau in Richtung Zakopane, wo der Markt mit seinem bunten Leben ein besonderer Anziehungspunkt war. Der Abstecher zur Sprungschanze wurde uns verwehrt, da ein großes internationales Mattenspringen stattfand – Sieger unser Gregor Schlierenzauer! Weiter ging die Fahrt über Javorina (Grenze zur Slowakei), Mittagessen in Spisska Bela, mit dem Ziel Bardejov. Sehenswerte Punkte dieser Stadt sind das ehemalige Rathaus, die St. Ägidius-Kirche, die Burgmauern und überhaupt der gesamte Stadtplan. In der Nähe befindet sich Bardejovske Kúpele, ein Kurort, in dessen Park eine Bronze-Statue daran erinnert, daß Kaiserin Elisabeth von Österreich im Jahre 1895 hier kurte. In der Stadt fand ein großes Fest statt, das an die Weinlieferung aus Tokaj in Ungarn erinnern soll. Eine Besonderheit war, daß die Zugpferde verendeten und so die Weinladung von den Menschen händisch ans Ziel gezogen werden mußte. Auch der slowakische Staatspräsident gab der Stadt Bardejov die Ehre. Von unserem Hotel „Bellevue“, hoch auf dem Berg gelegen, gab es einen wunderbaren Ausblick auf die Stadt. Der Pool lud einige der Gruppe zum Schwimmen ein. Der nächste, der fünfte Reisetag brachte uns an die ungarische Grenze. Wir besichtigten das Schloß Krasna Horka, einst Wohnsitz der Familie Andrássy – seit dem 27. Mai 1961 ein nationales Kulturdenkmal. Weiter ging es nach Döms. Dieses Höhlensystem liegt im slowakischen Karst, ganz nahe der Grenze zu Ungarn. Hier sind große pagodenförmige Stalagniten, Schilder und Trommeln zu sehen, die in keiner anderen Höhle in solcher Menge vorkommen. Hier leben auch 16 Fledermausgattungen. Nach dem Mittagessen im benachbarten neueröffneten Hotel ging es nach Kosice. Bei einer Stadtbesichtigung konnte man sich von der Schönheit dieser Stadt überzeugen (Dom, Theater, Wachsfigurenmuseum und das erste professionell betriebene Roma-Theater). Interessant ist auch, daß hier mit wenigen Unterbrechungen der Kosice-Marathon durchgeführt wird, der somit der älteste Marathonlauf in Europa ist. Ins Hotel zurückgekehrt, stand ein Grillabend auf dem Programm. Der deutschsprachige Hotelmanager stand persönlich am Grill. Bei Gulaschsuppe, gegrillten Würsten, Hühnchen und Braten, Soße und Salat fühlten sich die Reisetilnehmer pudelwohl. Leider war es etwas kühl, denn an diesem Abend gab's die einzigen Regentropfen während der ganzen Reise. Uns machte das aber nichts aus. Der letzte Tag führte uns zur ältesten Holzkirche der Region, nach Trocany. Diese griechisch-katholische Holzkirche ist dem Evangelisten Lukas geweiht und stammt aus dem Jahre 1739. Noch heute werden Gottesdienste abgehalten. Wir machten auch einen Fotostopp bei der Zipser Burg, die wir ja vor zwei Jahren schon genau besichtigt hatten. Ein Besuch in Svätý Kriz, der größten der fünf Artikularkirchen (Fassungsvermögen 6000 Personen, Ausmaß 658 qm,

zwölf Türen, 72 Fenster) war der letzte Fixpunkt unserer heurigen Kulturfahrt. Das Mittagessen in Liptovski Mikulas war ausgezeichnet, und so gestärkt, konnten wir die noch lange Fahrt Richtung Heimat über Preßburg und Wien antreten. – **Vorschau:** Die Kulturfahrt 2009 (voraussichtlich ab 15. 8. 2009) führt uns nach Leipzig, Erfurt, Weimar, Wartburg, Eger-Ursprung, Felsenarena Luisenburg mit Operette. Das genaue Programm kann erst gegen Jahresende bekanntgegeben werden. – **Hinweis:** Fixtermin 28. März 2009: 105 Jahre Eghalanda Gmoi z'Linz im Neuen Rathaus der Stadt Linz mit Festmesse und internationalem Programm!

### Bezirksgruppe Freistadt

Demnächst feiern folgende Mitglieder Geburtstag: 5. 10. Stefanie Ringdorfer, 8. 10. Theresia Tonko, 12. 10. Herbert Preslmaier, 15. 10. Ingeborg Zahorka, 20. 10. Margarete Neumeier, 27. 10. Gerlinde Tannich. Wir gratulieren allen Geburtstagskindern sehr herzlich und wünschen für die Zukunft alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen. Helga Kriegl

### Vöcklabruck

Liebe Landsleute! Unsere nächste Zusammenkunft ist am 5. Oktober um 15 Uhr, wieder im Gasthof Six. Wir freuen uns auf Euer Kommen. – Zum Geburtstag gratulieren wir am: 1. 10. Ulli Burger und am 4. 10. Johann Cavagno ganz herzlich und wünschen ihnen alle Gute. Johanna Cavagno

### Verband der Böhmerwälder in Oberösterreich

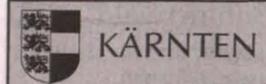


13. September 2008. – Weithin sichtbar, auf einem Berghang gelegen, steht die schöne, bereits um 1706 erbaute Kirche Maria Trost zu Brunnl. Grundstein für das Gotteshaus bildete eine Quelle mit „gutem Wasser“ und heute leitet ein Wegweiser mit der tschechischen Bezeichnung „Dobra Voda“ zu diesem Gotteshaus. Während der Monarchie und noch später pilgerten Wallfahrerguppen hierher, aus Böhmen, Ober- und Niederösterreich, aus Wien, der Slowakei, aus Deutschland. Doch mit Ende des Zweiten Weltkrieges hörte der Zustrom an Pilgern auf, der Kommunismus wollte das nicht. Erst 1991, mit der Renovierung der Kirche, zog wieder Leben ein, und heute ist „Maria Trost zu Brunnl“ beliebter Treffpunkt für Heimatvertriebene, deren Nachkommen und Wallfahrer. – Die diesjährige Herbstfahrt der Böhmerwälder in Oberösterreich nach Brunnl bei Gratzen hätte beinahe eine Änderung erfahren müssen, da zum gleichen Zeitpunkt eine Wallfahrerguppe aus Bayern die Kirche bereits reserviert hatte. Doch Pater Georg Josef Erhart des Barmherzigs Klosters Gratzen fand eine Lösung – gemeinsame Abhaltung der heiligen Messe mit Oberösterreichern und Bayern. Und so geschah es dann auch. Das Gotteshaus Maria Trost war bis auf den letzten Platz gefüllt und drei Geistliche zelebrierten die Messe, Pater Erhart, der holländische Pater der bayerischen Wallfahrerguppe und unser Pfarrer Kretschmer. Dank der guten Akustik kam der deutsche Chor besonders zur Geltung. – Nach einem reichlichen Mittagessen im österreichischen Gmund stand die Waldglashütte in Neu Nagelberg auf dem Programm, wo den Besuchern das Glasblasen und die Herstellung verschiedener Glasprodukte demonstriert wurde. Einige Böhmerwälder erstanden im angrenzenden Verkaufsladen das eine oder andere Kunstwerk als bleibende Erinnerung an den Ausflug. – In Bad Großpertholz im „Hahn-Buam-Hof“ fand der Tag bei Ziehharmonika-Klängen und Gesang einen beschwingten Ausklang. Sogar unsere Kassier-Stellvertreterin Inge Bayer griff in die Tasten und Knöpfe dieses Musikinstruments, das sie meisterlich beherrscht. In diesem Zusammenhang sei unserer Inge für die professionelle Organisation dieser Fahrt in die alte Heimat gedankt. – Unsere nächsten Termine: Der zweite Stammtisch am Samstag, dem 4. Oktober, im Volksheim Langholzfeld, Beginn um 15 Uhr, sowie unsere traditionelle Adventfeier am Samstag, dem 13. Dezember, Beginn 14 Uhr, ebenfalls im Volksheim Langholzfeld, Gemeinde Pasching. G. A. Dworzak / Foto: F. Danko

### Deutsch Reichenau bei Gratzen

Am 2. Oktober d. J. kommt ein Autobus mit Pfarrer Differenz und Heimatvertriebenen aus Deutschland. Diese halten in der Kirche am Pöstlingberg eine Andacht um zirka 14 Uhr. Danach geht es weiter nach Hirschenwies. Am Freitag, dem 3. Oktober Fahrt nach Krumm-

mit Besichtigung des Schlosses. Am späten Nachmittag zum Mandelstein mit Blick in die verlorene Heimat. Am Samstag, dem 4. Oktober heilige Messe mit Pfarrer Differenz um 10 Uhr in der Kirche von Deutsch Reichenau bei Gratzen. Am Nachmittag um 15 Uhr ist eine Andacht in der Kirche in Neudorf. Am Sonntag um 9 Uhr die heilige Messe in Brunnl. Anschließend dann Rückreise nach Deutschland. Unsere Heimat ist ein Ort der Vertrautheit und Geborgenheit, ein Ort, an dem wir mit allen Fasern unseres Herzens hängen. Es sind doch so viele schöne Erinnerungen und gemeinsame Erlebnisse damit verbunden. Sie ist ein unvergeßlicher Teil unseres Lebens. Behaltet auch weiterhin unserem Heimatort Deutsch Reichenau die Treue, behaltet sein Bild ganz fest in Euren Herzen bis an das Ende unserer Tage. Das sind wir dem Vermächtnis unserer Vorfahren und unserer verlorenen Heimat schuldig. Ich hoffe und bitte um zahlreiches Erscheinen am 4. Oktober um 10 Uhr zur heiligen Messe in Deutsch Reichenau bei Gratzen. Es grüßt in heimatlicher Verbundenheit Maria Hoffelner

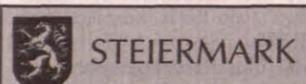


### Sankt Veit an der Glan

**Todesfall.** – Die Sankt Veiter Bezirksgruppe der Sudetendeutschen Landsmannschaft trauert um ihr langjähriges Mitglied Lm. Eduard Kornherr, der nach längerer, schwerer Krankheit, im 88. Lebensjahr stehend, am 17. August verstorben ist. In seinen jüngeren Lebensjahren hat der Verstorbene mit seiner Ehegattin und Kindern an vielen Aktivitäten unserer Bezirksgruppe teilgenommen. Das Südmährerland war sein Geburtsort und seine Heimat. Der Lebensablauf war – wie für diese Generation meist üblich – durch den Krieg, Fronteinsatz und Gefangenschaft gekennzeichnet. Im Kriegsjahr 1943 wurde geheiratet, und der Familie Kornherr wurden vier Kinder geschenkt. Mit besonderem Fleiß und mit Tüchtigkeit wurde im Ortskern von Hüttenberg ein schönes, großes Wohnhaus geschaffen. Der Verstorbene übte mehrere Berufe aus, bis zur Pensionierung war er viele Jahre im Hüttenberger Bergbau beschäftigt. Sehr viele Trauergäste haben an der heiligen Seelenmesse und am Begräbnis teilgenommen. Unser Landsmann war in Hüttenberg eine beliebte und angenehme Persönlichkeit. – Den Angehörigen entbietet die Landsmannschaft die besondere Anteilnahme. Und wir wollen unserem Landsmann ein dankbares und ehrendes Gedenken bewahren. E.K.

### Bezirksgruppe Villach

**Frauen- und Familienkreis:** Wir trafen uns erstmals nach der Sommerpause am 2. September im Hotel Post und hatten von unseren Reiseerlebnissen zu berichten. So auch von einer Bahnreise nach Prag, die sehr strapaziös war, aber auch von guten und preiswerten Essen in den tschechischen Restaurants. Ein Vorteil für Senioren: Alle ab dem Alter von siebzig Jahren können die öffentlichen Verkehrsmittel gratis benutzen (gilt nur für Prag). Ein schönes Septembergedicht erfreute uns dann. Die Gedenktage betrafen den bedeutenden Barockbaumeister Balthasar Neumann, die Schriftstellerin Margarete Kubelka, den Feldherrn und Herzog von Friedland Albrecht von Wallenstein und den Dirigenten Fritz Rieger. Zwei heitere Geschichten brachten uns zum Lachen. Wir sprachen auch über die gelungene Veranstaltung in Gurk am 15. August dieses Jahres, für deren Organisation sich unser Obmann Dipl.-Ing. L. Anderwald sehr verdient gemacht hat. Mit dem Gedicht „Wohlstand“ wurde der offizielle Teil des Nachmittags beendet. Jetzt kamen die privaten Gespräche zum Zuge. – Der nächste Treff ist am Mittwoch, 1. Oktober, wieder im Hotel Post, 14.30 Uhr. Alle Landsleute und Interessierte sind uns willkommen. D. Thiel



### Gratz

**Septembertreffen.** – Mit herzlichen Begrüßungsworten nach der Sommerpause und der Anrede „Liebe Freunde“ empfing unser Stadtgruppenobmann Dr. Helge Schwab die zahlreich Erschienenen am 9. September in unserem Stammlokal Gösser-Bräu. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Sommer uns alle gut erholt zurückkommen ließ. – Ein besonderes Gedenken galt unserem verstorbenen Landsmann Lothar Riedel aus Tetschen-Bodenbach, dessen Witwe Else (eine Brünerin) bei unserem Treffen dabei war. – Sodann berichtete unser Obmann über die ab 1. Jänner 2009 bevorstehende EU-Präsidentschaft Tschechiens und daß diese sicherlich nicht ohne Reaktionen seitens unserer Landsmannschaft vorbeigehen werde, ist doch dieses Land für ein halbes Jahr der Hüter der EU-Kriterien, die im eigenen Land noch immer nicht eingehalten sind. Dr. Schwab überreichte dann die Einla-

dungen zum Sudetendeutschen Heimattag 2008 am 27. / 28. September in Klosterneuburg und bat um zahlreiche Teilnahme. Der Sonderdruck der „Sudetenspost“ zum Jahrestag des Münchener Abkommens fand breite Anteilnahme. Gertrud Schwab berichtete über die Zehn-Jahres-Feier der Gedenkstätte in Gurk und die Europäische Union der Vertriebenen und Flüchtlinge. Der Obmann verwies auf die Wichtigkeit des übernationalen Denkens und teilte mit, daß er am Minderheitensymposium in Oppeln (Oberschlesien) teilnehmen werde. Im Rahmen des Alpenländischen Kulturverbandes Graz wird er am Mittwoch, 18. Februar 2009 den zweiten Teil seiner Vortragsreihe über die Sudetenländer, diesmal über die Geschichte, halten. – Unser nächstes Treffen am Dienstag, 14. Oktober, um 15.00 Uhr, in der „Gösser“, ist dem Erntedank gewidmet. Edeltraud Richter

**SALZBURG**

**Salzburg**



Dominik Bartl aus Znaim ist neunzig Jahre alt. – Am 11. September haben Verwandte, Freunde und Turner die „Domi“ viele Jahre trainiert hatte, in der Basilika Maria-Plain seinen Ehrentag gefeiert. Abt Bachler gestaltete mit ehrenden Worten und Gebeten, begleitet von drei Violinstücken und Gesang, die stimmungsvolle Feier.

Zum Ausklang sang ein großer Wallfahrchor ein mehrstrophiges Geburtstagsständchen. „Domi“ wohnt im Helga-Reichl-Hospiz Salzburg, Morzgasse. Es begleiten ihn die innigsten Glück- und Segenswünsche für den weiteren Lebensweg. W.Z.

**DEUTSCHLAND**

**BdV Hochtaunus**



**Tag der Heimat im Hochtaunuskreis – BdV-Kreisgruppe vor 60 Jahren gegründet.** – Den „Tag der Heimat“ feierte der BdV-Hochtaunus heuer am 13. September im Gonzenheimer Vereinsheim zu Bad Homburg. Kreisvorsitzender Frank Dittrich gedachte zunächst der Toten, allen voran der im heurigen Jänner verstorbenen langjährigen Kreisvorsitzenden, Frau Erika Publitz. In seinen weiteren Ausführungen erinnerte Dittrich an die Gründung der BdV-Kreisgruppe vor jetzt sechzig Jahren. Der Zusammenschluß erfolgte, wie aus den überlieferten Dokumenten hervorgehe, hauptsächlich zur Steuerung der bittersten Not. Während heute nur noch acht Ortsverbände bestünden, hätten sich damals fünfzehn eingefunden, die zusammen 582 Mitglieder vertraten. Bad Homburg war vor sechzig Jahren aber auch Schauplatz erster regierungsmittlicher Beratungen über den Lastenausgleich. Zuständig war der Wirtschaftsrat der Bizone, der vorübergehend an eine Verbindung des Lastenausgleichs mit der Währungsreform dachte. Auch dieses Ereignis würdigte und bewertete Dittrich. Schließlich ging der Vorsitzende noch auf zwei weitere

**Sudetenspost**

**Eigentümer und Verleger:**  
Sudetendeutscher Presseverein, Kreuzstraße 7, 4040 Linz, Ruf u. Fax: 0732 / 700592. – www.sudetenspost.com  
Obmann: **DDr. Alfred Oberwandling**, Geschäftsführer: **Ing. Peter Ludwig**, Alle in 4040 Linz, Kreuzstr. 7. **Druck:** LANDESVERLAG Druckservice, 4600 Wels, Boschstr. 29. Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. Jahresbezugspreis: Inland € 35,70, inkl. 10 Prozent Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Europa: € 42,90, Übersee: € 56,00, Einzelpreis: € 1,65, Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Konto-Nr. 28135, Blz. 20320. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank, Passau, Konto-Nr. 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz.

**OFFENLEGUNG NACH § 25 MEDIENGESETZ:**  
**Medieninhaber:**  
Sudetendeutscher Presseverein mit Sitz in Linz. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf das Bundesgebiet Österreichs.

**Grundlegende Richtung:**  
Der Verein bezweckt die Herausgabe und den Vertrieb von Presseerzeugnissen, vor allem unter den Heimatvertriebenen in Österreich, insbesondere die Herausgabe der Zeitung „SUDETENPOST“, als Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich. Die Tätigkeit des Sudetendeutschen Pressevereins ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Bundesabgabenordnung.

„Achter-Jahre“ ein, auf das Münchener Abkommen vor siebzig Jahren und auf den Prager Frühling vor vierzig Jahren. Die enge Anlehnung an die Sowjetunion sei den Tschechen 1946 durchaus erwünscht gewesen, weil Stalins Armee damals Garant für die Vertreibung der Sudetendeutschen war. Vorsitzender Dittrich konnte unter den Anwesenden auch die Vertreter der politischen Gremien begrüßen. Die Grüße des Hochtaunuskreises überbrachte der Leiter des Kulturamtes, Herr Gregor Meyer. Er bat dabei um Unterstützung für die wissenschaftliche Arbeit eines Diplomanten zum Thema „Flüchtlinge und Vertriebenen im Hochtaunuskreis“. Weitere Grußworte sprachen Herr Amendt für die Stadt Bad Homburg und Herr Holger Bellino als Landtagsabgeordneter. Zwischen den Redebeiträgen wurde der gutbesetzte Saal von der Siebenbürger Kapelle und einer Kindertanzgruppe, beide aus Pfungstadt, unterhalten. Am Rande der Veranstaltung zeigte die Kreisgruppe der Sudetendeutschen Landsmannschaft eine Bilderausstellung über den aus dem südlichen Egerland stammenden Nobelpreisträger für Physik, Professor Dr. Peter Grünberg. Am Bild ein Teil des harten Kerns, ganz rechts Herr Dittrich, der Vorsitzende.

**Malspitz**



**Malspitzer-Treffen auf dem Heiligenhof in Bad Kissingen.** – Malspitz liegt in Südmähren, Kreis Nikolsburg; die deutschen Einwohner (zirka sechshundert) wurden 1945 / 1946 vertrieben. Vom 25. bis zum 27. August fand heuer zum zweiten Mal ein „Malspitzer-Treffen mit Marillenknoedelessen“ statt. Dipl.-Ing. Walter Wech (49), der dieses Treffen angeregt hat, und Maida Glaser (Schöps 113), die es organisiert hat, konnten wieder zweiundzwanzig Landsleute (vierzehn Malspitzer, Partner und Partnerinnen, Gäste aus Lodenitz und Kallendorf (Kreis Znaim) begrüßen. Wir „Österreicher“: Elsa Jagenteufel (Czink 61), Hans Morawek (17) und ich, Walter Hanreich (54), wurden, da wir den weiten Weg nicht gescheut hatten, besonders herzlich begrüßt. Besonders stolz wies Walter Wech darauf hin, daß Malspitz im Heiligenhof mit Bildern unserer renovierten Gedenkstätten in der Bildergalerie im Treppenhause vertreten ist. Bei Kaffee und den „Malspitzer Kiretoflecken“ von Josefine Grus (8) wurden Erinnerungen wachgerufen, aber auch von den jetzigen Lebensumständen gesprochen. Der Höhepunkte bei diesem Treffen waren drei Video-Filme von Horst und Maida Glaser (Schöps 113). Ganz besonders der Film von der Einweihung der Gedenkstätte auf dem Malspitzer Friedhof bewegte uns sehr. Weitere Höhepunkte am Dienstag waren das „Marillenknoedel-essen“ und der Besuch der Altstadt und des Kurparks von Bad Kissingen, wobei Emmy Gläser (Baumgartner 10), für uns „Österreicher“ eine bemerkenswerte Führerin durch ihren Wohnort war. Bei der Diskussion im Saal und in der „Südmährischen Weinstube“ war das Hauptthema: Wie geht es mit unserer Mal-

**Redaktionsschluß**

**Redaktionsschluß ist jeweils am Donnerstag, 12.00 Uhr, sieben Tage vor dem Erscheinungstermin. Bis dahin müssen die Beiträge bei der Redaktion eingelaufen sein. Zu spät einlangende Berichte können nicht mehr berücksichtigt werden.**

Folge 20	16. Oktober	Red.-Schl.	9. Oktober
Folge 21	30. Oktober	Red.-Schl.	23. Oktober
Folge 22	13. November	Red.-Schl.	6. November
Folge 23	27. November	Red.-Schl.	20. November
Folge 24	11. Dezember	Red.-Schl.	4. Dezember

**Spenden für die „Sudetenspost“**

- 2,10 Ursula Kern, S-22457 Lund, Schweden
- 4,30 Berta Otto, 2285 Leopoldsdorf
- 19,80 Gertraud Binder, 1010 Wien

Die „Sudetenspost“ dankt herzlich für die Spenden.

**SPENDENKONTO**

**Bankverbindungen:** Österreich: Sparkasse Linz, Kto.-Nr. 28135, BLZ 20320  
Deutschland: VR-Bank Passau Freyung eG Kto.-Nr. 89869, BLZ 740 900 00.  
**Vermerk: „SPENDE“**

spitzer Ortsgemeinschaft weiter? Hauptsorge: Ortsvertrauensmann (OVM). Unser OVM Josef Bauer ist bereit – aus gesundheitlichen Gründen –, sein Ehrenamt in jüngere Hände zu legen. Wichtig ist, daß sich ein Nachfolger findet. Es kann gerne auch ein / eine aus der Nachfolgeneration sein. Herzlich willkommen! Es ist wichtig, daß sich bald jemand findet! Allzu schnell waren die schönen Tage vorbei. Vielen Dank, Dir lieber Walter Wech, und allen, die Dich unterstützt haben, aber auch an die Verwaltung des Heiligenhofes. Unser Heimatort Malspitz ist wieder stärker in unser Gedächtnis gerückt. Walter Hanreich

**Rothmühl**



**Rothmühler Heimattage in der Patenstadt Oestrich-Winkel.** – Seit 1972 finden jährlich am letzten August-Wochenende die Rothmühler Heimattage in der Patenstadt Oestrich-Winkel statt. Am Freitag sind das Rothmühler Heimatmuseum und der Sitzungssaal des ehemaligen Rathauses von Hallgarten für Gäste geöffnet. Die Gemeinde Hallgarten hat im Jahre 1972 die Patenschaft über Rothmühl übernommen. 1976 wurde Hallgarten in die Stadt Oestrich-Winkel eingemeindet. Diese Stadt führt die Patenschaft über Rothmühl fort – wie es im Auseinandersetzungsvertrag mit der damals selbständigen Gemeinde Hallgarten im Rheingau festgeschrieben ist. Samstag um 15 Uhr findet stets der Empfang der bereits angereisten Teilnehmer durch den Vorstand des HKV Rothmühl e.V. statt. Dabei werden die Teilnehmer mit belegten Brötchen, Wein und alkoholfreien Getränken bewirtet. Bis vor drei Jahren organisierte der Magistrat der Patenstadt diesen

Empfang. Aber dann wurde dies aus Kostengründen abgestellt. So führt der Vorstand des HKV Rothmühl diesen „Brauch“ weiter aus. Sonntag beginnt das allgemeine Treffen in der Brentano-Scheune in Oestrich-Winkel. Während früher immer um die dreihundert Besucher kamen, schrumpfte die Zahl voriges Jahr auf 143 und heuer auf 104 Personen der 1945 noch 2526 Bewohner zählenden Marktgemeinde Rothmühl zusammen. Der Höhepunkt der Veranstaltung ist stets die „Offizielle Stunde“, welche am Sonntag um 14 Uhr stattfindet. Hierbei nehmen auch immer mehrere Ehren Gäste teil, und die „Hochlandkapelle“ aus Presberg übernimmt seit mehreren Jahren die musikalische Umrahmung. Der Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises sagte vor zwei Jahren u. a.: „Als Landrat komme ich ja zu vielen Veranstaltungen, und bei keiner treffe ich so viele Ehrengäste wie bei den Rothmühler Heimattagen: Zwei Bundestagsabgeordnete, drei Landtagsabgeordnete, den Bürgermeister, mehrere Stadträte und Stadtverordnete und eben auch ich als Landrat nehme teil.“ Auch heuer war der Landrat wieder da, auch Abgeordnete, der Bürgermeister und Stadträte. Sie sprachen auch wieder Grußworte. Der wichtigste Tagesordnungspunkt sind aber die Gespräche untereinander. „Rothmühl ist heute hier in diesem größten Saal der Patenstadt Oestrich-Winkel, liebe Rothmühler Landsleute“, sagte die erste Vorsitzende des HKV-Rothmühl e.V., Gabriele Jandl-Schneider, nach ihrer Begrüßung. Und die Orts- und Gebietszeitungen brachten bebilderte Berichte. Abgebildet wird stets die Trachtengruppe in ihren Trachten des Schönheingstgauer, der größten deutschen Sprachinsel in der CSR. Sie trägt auch stets die sieben Traditionsfahnen in den Saal. Die jüngste dieser Vereinsfahnen stammt aus dem Jahre 1924. Die Veranstaltung endet immer um 18 Uhr. Die Heimwege sind schließlich lang; denn es kommen immer Rothmühler Landsleute auch von weither nach Oestrich-Winkel, früher auch stets von der CR und auch aus Schottland. Viele sind schon zu alt zum Reisen, aber aus Österreich kommen sie immer noch. Alle betonten in den Gesprächen, wie sehr sie sich über diese Begegnungen freuten. Rothmühl war für die Teilnehmer am letzten Wochenende des August eben in der Patenstadt Oestrich-Winkel. – Das Bild zeigt die Trachtengruppe mit der Vereinsfahne.

**Die Stimme der Jugend**  
Jugendredaktion 1030 Wien, Steingasse 25 • Telefon und Fax: 01 / 718 59 13  
Internet: [www.sdjoe.at](http://www.sdjoe.at) E-mails: [office@sdjoe.at](mailto:office@sdjoe.at)

**Bundesverband**

Unsere wichtigsten Termine – wir laden zu den Veranstaltungen herzlich ein: Samstag, 4. Oktober: Norbert-Göbel-Gedächtnis-Bowlingturnier und Tanzabend im „Haus der Heimat“ – Samstag, 8. November: Österreichisch-sudetendeutsches Volkstanzfest in der Babenbergerhalle in Klosterneuburg. – Der diesjährige Sudetendeutsche Heimattag findet vom 27. bis 28. September in Wien und Klosterneuburg statt. Die Hauptveranstaltungen werden in Klosterneuburg mit dem großen Festzug und dem anschließenden Heimatnachmittag in der Babenbergerhalle sein. Unser im Foyer aufgebauter Info-Stand wird wieder Einiges bieten und wir laden alle Interessierten ein. – Sommerlager 2009: Schon jetzt möchten wir auf das Sommerlager 2009 aufmerksam machen. Dieses findet vom 11. bis 18. Juli 2009 in Purbach am Neusiedler See – erstmals im Burgenland – statt. Wir sind bestens untergebracht und es stehen uns dort viele schöne Möglichkeiten zur Verfügung. Teilnehmen können Kinder und junge Leute aus ganz Österreich im Alter von zirka sechs bis 15 Jahre. Auch die Freunde Ihrer Kinder sind gerne gesehen. Anfragen und Anmeldungen können ab sofort an die Sudetendeutsche Jugend Österreichs, Steingasse 25, 1030 Wien, Tel. / Fax: (01) 718 59 13, E-mail: [office@sdjoe.at](mailto:office@sdjoe.at) gerichtet werden.

**Landesgruppe Wien**

Zusammentreffen sind jeden Mittwoch, ab 18 Uhr, im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, 2. OG. Dazu dürfen wir

auch Dich und Deine Freunde recht herzlich einladen! – Die ganze Woche war es glühend heiß und sehr schwül. Und so war es auch am Samstag, dem 6. September, beim 9. Adi-Penk-Gedächtnis-Wettkampf. Nachdem uns etliche Voranmeldungen vorlagen, waren wir sehr optimistisch in bezug auf eine halbwegs gute Teilnehmerzahl. Aber dann kamen die Absagen. Etliche Freunde und Kinder sind wahrscheinlich wegen der hohen Temperaturen nicht gekommen, es waren aber auch einige wirkliche Gründe für eine Nichtteilnahme. Dennoch gab es heuer etwas mehr Teilnehmer als im Vorjahr. Darunter waren auch der SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihel und Gattin. In Absprache wurde der beliebte „Sudetens-Dreikampf“ – ein lustiger Wettbewerb für Nichtsportler und Eltern sowie alle älteren Semester, der nur wenig Geschicklichkeit ohne jedwede Anstrengung erforderte – durchgeführt: Zielwerfen mit Schlagbällen, Torschießen auf ein leeres Tor und Korbballwerfen. Allen hat es sehr viel Spaß bereitet und niemand ist „verglüht“ (durch die starke Sonnenbestrahlung). Hier nun die Sieger: 1. Luna Zeihel; Frauen: 1. Christine Bayer, 2. Reinhilde Zeihel; Herren: 1. Udo Wunsch, 2. Hubert Rogelböck, 3. Gerhard Zeihel. – Über Wunsch wurde noch ein abschließender 60-Meter-Lauf durchgeführt, der von Luna Zeihel und Otto Malik gewonnen wurde. – Mit einem gemächlichen Beisammensein beim Heurigen in Oberlaa schloß dieser schöne Tag, wobei sich noch weitere Freunde dazugesellten. – Wir hoffen, daß wir im kommenden Jahr mehr Teilnehmer – vor allem aus den Reihen der Landsleute und deren jungen Leute – begrüßen dürfen und laden schon jetzt dazu herzlich ein – unter dem Motto: Fit, mach mit!

**BESTELLSCHEIN FÜR DIE Sudetenspost**  
Bestellschein bitte ausschneiden und einsenden an:  
„Sudetenspost“, Kreuzstraße 7, 4040 Linz. Telefonische Bestellung: 0 73 2 / 70 05 92.  
**Ich abonniere die „SUDETENPOST“ für mindestens ein Jahr!**

Name: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
PLZ: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_

Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. – Jahresbezugspreis: Inland € 35,70, inkl. 10 % Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Europa: € 42,90, Übersee: € 56,00. – Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Kontonummer 28135, Blz. 20320. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank Passau, Kontonummer 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz. – Telefon und Fax: 0 73 2 / 70 05 92.

## Zweisprachige Straßenschilder

Auf meiner Urlaubsreise durch Österreich und Ungarn im Sommer dieses Jahres fiel mir bei der Beschilderung der (Autobahn-) Wegweiser ein offensichtlich ausschließlich österreichisches Kuriosum auf. Während in Deutschland und Ungarn die entsprechenden Hinweistafeln auf Prag / Brunn / Preßburg natürlich in der Landessprache (und gegebenenfalls in Grenznähe zusätzlich in tschechischer / slowakischer Version) beschriftet sind, erfolgte dies in Österreich (überwiegend) nur in der Sprache der Nachbarländer, obwohl die Mehrzahl der österreichischen Autobahnutzer deutschsprachige Österreicher sein dürften. So wird zum Beispiel in den ungarischen Grenzkomitatén Győr / Komárom selbstverständlich zunächst auf Pozsony (Preßburg) und in Klammer auf „Bratislava“ hingewiesen. Diese offensichtlich(e) gewollte Inkonsistenz des Österreichischen (Bundes-) Verkehrsministeriums bekommt dadurch auch eine politische Dimension, wenn andererseits seitens des Bundes mit Nachdruck auf eine zweisprachige Ortsbeschilderung in den Grenzregionen Kärntens / Sloweniens gedrungen wird.

Fritz H. Schmachtel, D-Homburg

## Sollte Beneš vor ein Gericht gestellt werden?

Anlässlich einer Gedenkveranstaltung zum sechzigsten Todestag von Beneš (gestorben am 6. 9. 1948) an dessen Grab in Alt-Tabor (Sezimovo Ústí) würdigte ihn Staatspräsident Václav Klaus als einen „großen Staatsmann“ und Premier Miroslav Topolánek als „Quelle der Inspiration“. Darüber hatte die „Sudetenpost“ bereits in ihrem Beitrag „Edvard Beneš als ‚großer Staatsmann‘ gewürdigt“, berichtet (Folge 18, 11. 9. 2008, S. 4).

Schon am 23. 2. 2004 hatte die überwältigende Mehrheit des Prager Parlaments ein Gesetz verabschiedet, demzufolge sich Beneš „um den Staat verdient gemacht“ hat. Doch wo Licht ist, ist auch Schatten. So hatte sich das Prager Parlament schon einmal mit dem also Geehrten beschäftigt. Als sich Beneš nach seinem Rücktritt vom Amt des Staatspräsidenten am 6. 10. 1938 auf seinen Landsitz in Alt-Tabor zurückgezogen hatte, beschloß das Parlament unter dem Vorsitz von Senator Matoušek einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der die folgenden Aufgaben hatte:

1. Er hatte die Ursachen für die „nationale Katastrophe“ herauszufinden und festzustellen, welche Rolle dabei Beneš gespielt hatte.
2. Er hatte nachzuprüfen, welche Folgen das Verhalten des bisherigen Regimes auf dem Gebiet der Innenpolitik gehabt hatte.
3. Es hatte aufzuklären, welche Rolle die Presseabteilung des Außenministeriums gespielt hatte und wie die ihr zur Verfügung gestellten Sondermittel verwandt worden waren.
4. Er hatte klarzustellen, welche Rolle gewisse Persönlichkeiten und insbesondere bestimmte Auslandsvertreter im Verlauf der Krise von Mai bis September 1938 gespielt hatten.

Ergänzend zu Pkt. 3 ist anzumerken, daß Beneš aus einem Geheimfonds des Außenministeriums, auf den er ohne die Kontrolle des Parlaments Zugriff hatte, Millionen Kronen an ausländische Zeitungen und Zeitschriften sowie an Journalisten und Einzelpersonen gezahlt hat. So überwies er 1935 an das Prager Verlagshaus Orbis eine Million Kronen. An Frankreich überwies er 1938 exakt 3.346.533 Kronen und 93 Heller; zwei

## Tribüne der Meinungen

Millionen davon erhielt Botschafter Osuský in Paris. Von 2.474.788 Franken, die dieser erhalten hatte, bezahlte er 1.560.910 Franken aus. Henry Wickham Steed in London erhielt im Laufe eines einzigen Jahres 10.000 Pfund Sterling zur Unterstützung seiner Zeitschrift „Review of Reviews“. Das sind nur einige Beispiele aus den vielen Zahlungen, die Beneš ohne parlamentarische Kontrolle aus seinem Reptilienfonds realisierte.

Unter Pkt. 4 fällt insbesondere die Rolle von Sozialminister Nečas, den Edvard Beneš am 17. 9. 1938 unter Umgehung des diplomatischen Weges über Botschafter Osuský in Paris in geheimer Mission direkt zu seinem Parteifreund Leon Blum sandte, um auszuloten, ob Deutschland mit einer Gebietsübertragung von viertausend bis sechstausend Quadratkilometer zufriedengestellt werden könnte, wenn er dafür im Gegenzug eineinhalb bis zwei Millionen „tschechische Deutsche“ übernehmen würde.

Der einzusetzende Parlamentsausschuß sollte nach längstens drei Monaten seine Ergebnisse vorlegen. Angesichts der Beschuldigungen glaubte jeder, Beneš werde bald vor ein Gericht gestellt werden. In höchster Not suchten ihn Abgesandte der Prager Regierung in seinem Refugium in Alt-Tabor auf, die ihn dazu drängen sollten, sobald als möglich aus dem Land zu verschwinden. Beneš, dem der Boden unter den Füßen zu heiß geworden sein mag, ließ sich das nicht zweimal sagen. Mit „Reisemitteln“ reichlich versehen, verließ er am 22. 10. 1938 in einem „Aeroplan“ das Land.

Resümee: Beneš hat sich zwar um den Staat verdient gemacht; aber um welchen Preis ???

Josef Weikert, D-Usingen

## Diebstahl ohne Ende

Es fällt uns Grenzwanderern (Mühlviertel / Böhmerwald) auf, daß in ehemaligen, aber in den 1960er Jahren von den Tschechen total zerstörten Dörfern jetzt immer wieder behauene Steine (Marterln, Grander, Tür- und Fenstergründe...) gesucht, gefunden und abtransportiert werden – und zwar von Tschechen. Diese verwenden das „gefundene Kulturgut“ für sich selbst – oder verkaufen es, zum Teil auch nach Österreich (eine vage Spur führt über Heuraffl zu einem Altwarenhändler im Bezirk Urfahr).

Vor kurzem erfuhr ich, daß ein Steinmarterl neben dem Weg von Deutsch Reichenau nach Asang, das von den Deutschen wieder aufgestellt worden war, gestohlen wurde. Traurig und beschämend, dieses räuberische Treiben!

Christine Gierlinger, Haslach

## Tschechien und der EU-Vorsitz

Wenn auch drei Viertel der befragten Tschechen an der EU-Ratspräsidentschaft, die am 1. Jänner 2009 für Tschechien beginnt, ein Desinteresse an den Tag legt, so sehe ich doch für uns Vertriebene eine Chance, die radikale und menschenrechtsverachtende Lösung der gewaltsamen Vertreibung und Enteignung von über drei Millionen Sudetendeutschen, sowie den Tod Zehntausender, wieder einmal zur Sprache und damit in den Mittelpunkt der ungeheuerlichen Menschenrechtsverletzungen durch dieses Land zu bringen!

Worauf sollen wir Vertriebene noch warten?

Die Politiker auf höchster Ebene haben seit Jahrzehnten zwar stets in feierlichen Bekenntnissen ihr Eintreten samt Unterstützung für die berechtigten Forderungen der Vertriebenen bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck gebracht, aber mehr als „heiße Luft“ war das nicht! Wir erkennen daher heute auf schmerzvoller Weise, daß uns die Politik, ob in Österreich oder Deutschland, im Stich gelassen hat! Und die Politik war es auch, die alle Chancen, die sich seit der Öffnung der Ostgrenzen, auch vor dem Beitritt Tschechiens zur EU, auf unverantwortlich leichtfertiger Weise aus der Hand gegeben haben. Verheugen, Ferrero-Waldner, u. a. haben uns alle überfahren, ihren Auftrag für die wertere und würdelose, menschenrechtlich desinteressierte Europäische „Gemeinschaft“ unbarmherzig durchgezogen und den Beitritt Tschechiens – ohne den Versuch einer Beseitigung der Beneš-Dekrete – ermöglicht.

Die unseligen Dekrete werden so zum ewig gültigen, unantastbaren Heiligtum erklärt, ein wirklich beschämender Rückfall in Diktaturen der Vergangenheit!

Aber die kommende EU-Ratspräsidentschaft sollte auch alle sudetendeutschen Führungskräfte in Deutschland und Österreich nachdrücklichst wachschütteln! Leider habe ich nicht den Eindruck, daß etwas Entscheidendes geschieht! In erster Linie herrscht auf sudetendeutscher Seite keine Einigung. Da gibt es die EUFV, die Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen. Man sollte meinen, daß eine starke Vereinigung mehr zu erreichen vermag, als einzelne Dachverbände, die letztlich alle das gleiche Ziel anstreben. Daher verstehe ich nicht, wieso Frau Steinbach, die BdV-Präsidentin mit ihren zahlreichen deutschen Vertriebenenorganisationen, noch immer NICHT der EUFV beigetreten ist. Das ist eine Schwächung für das gemeinsame Ziel der Vertreibungs- und Deportationsopfer. Nur gemeinsam ist man bekanntlich stark.

Ich bin der Meinung, daß die Medien immer nur einseitig über die deutsche Schuld sprechen, man sich von deutscher Seite tausendmal für alles entschuldigt und riesige Summen Wiedergutmachung zahlt. Jetzt hat der Bundesvorsitzende Franz Pany auf dem Sudetendeutschen Tag in Nürnberg zum Beispiel über die Niederschlagung des Prager Frühlings gesprochen. Ist das Aufgabe eines sudetendeutschen Vorsitzenden? Was geht uns Sudetendeutsche der Prager Frühling an, Herr Pany? Die Tschechen wollten doch 1945 den Kommunismus (!) und hatten dann eben 1968 die Folgen des kommunistischen Eingreifens zu tragen. Ich aber muß gleich allen Sudetendeutschen bis heute immer noch den Vorwurf „Ihr wolltet doch heim ins Reich!“ (also zu Hitler) hinnehmen. Natürlich wollte ich das, wie die meisten Landsleute aufgrund der tschechischen Erniedrigungen gegen Deutsche, auch! Aber keine tschechische Regierung hat sich später jemals entschuldigt, etwas bedauert oder gar gezahlt! Für später von ihr begangene Verbrechen, wie Raub, unvorstellbar grausame Morde, für Vertreibung der Deutschen aus der angestammten Heimat!

Der berühmte Menschenrechtler Professor Alfred de Zayas sagt völlig richtig: „Die Vertriebenen sind so schwach geworden...“ Dem kann man sich nur anschließen und ich rufe alle sudetendeutschen Führungskräfte auf, gerade jetzt – anlässlich der kommenden tschechischen EU-Ratspräsidentschaft – die Sudetendeutsche Tragödie schonungslos und

in Einigkeit wieder ins Rampenlicht zu stellen! Es ist eine der letzten Möglichkeiten, jetzt noch etwas anzuprangern, was ein ungehört Verbrechen gegen die Menschenrechte darstellt!

Kurt Heinz, Wien

## Auf Spurensuche

George Patton Waters, der Enkel des einst berühmten US-Generals George S. Patton jr., befand sich kürzlich in Grafenwöhr auf Spurensuche seines Großvaters. Dabei konnte er unter anderem auch hinter dem schweren Schreibtisch seines Vorfahren Platz nehmen, den vor diesem bereits der deutsche Feldmarschall Erwin Rommel benutzt hatte.

Einen Leserbrief, in dem darauf hingewiesen wurde, daß General Patton auch verhindert hat, daß die Tschechen nach Ende des Zweiten Weltkrieges ihre Landesgrenze an Naab und Donau verschieben konnten, wurde von der zuständigen Zeitung – vielleicht aus besonderem Entgegenkommen den Tschechen gegenüber? – nicht veröffentlicht.

Nachdem die Verwirklichung dieser Absicht nicht nur den bayerischen Grenzgebiet von der Oberpfalz bis Passau betroffen hätte, sondern auch Österreich und Ungarn, darf in diesem Zusammenhang auf eine Karte des Hanuš Kuffner aus dem Jahre 1922 hingewiesen werden, die bereits damals eine Ausdehnung der Tschechei über Schlesien bis kurz vor Berlin und zwischen jetziger tschechischer Grenze bis an Naab und Donau vorgesehen hat.

Karl Spörl, D-München

## Europäische Verständigung

Da will ein Deutscher aus Südmähren etwas über seine Vorfahren wissen und schreibt deshalb nach Brünn, natürlich in Deutsch.

Er bekommt zwar Antwort, aber natürlich in Tschechisch. Das heißt, der deutsche Text in den Kirchenbüchern wird total ins Tschechische übersetzt, so daß seine Vorfahren jetzt Frantisek, Jaroslav oder Jirschi heißen. Ist das nicht eine tolle EU?

Kurt Nedoma, D-Brühl

## Die ganze Wahrheit

Der Artikel in der „Sudetenpost“ Nr. 17 vom 28. 8. 2008 von Rudolf Grulich – „Verzicht auf Rache, aber nicht auf das Recht“ – wäre folgend zu ergänzen:

Es hat sich bis heute keiner der zwei polnischen Kardinäle (Glomp sowie Papst Johannes Paul II.) dahingehend ausgesprochen bzw. entschuldigt, was den Deutschen in Schlesien und im Sudetenland 1945 / 46 von Polen und Tschechen angetan wurde.

Im Gegenteil, so hat Kardinal Glomp als Bischof von Gnesen und Krakau den Anspruch gemacht, daß die Vertreibung zurecht erfolgt ist, da dieses Land Schlesien immer schon polnisch war.

In einem Brief an die Deutsche Bischofskonferenz schrieb er, daß es in Schlesien und Pommern keine deutschen Minderheiten gebe und daher eine deutsche Seelsorge überflüssig ist.

Kardinal Glomp hatte selbst in seiner Ahnentafel deutsche Vorfahren. So hat auch der nachmalige Papst Johannes Paul II., als er noch Bischof von Krakau war, die Vertreibung der Deutschen, speziell aus diesen Gebieten, nie angesprochen, und es als Unrecht getadelt und sich dafür im Namen seines Volkes entschuldigt.

Auch der jetzige deutsche Papst Benedikt der XVI. ging bei seinem Besuch in Polen auf dieses Unrecht an den Deutschen 1945 / 46 nicht ein.

H. W. Titze

## Wir haben gelesen

**Andreas Kossert: „Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Heimatvertriebenen nach 1945.“ Siedler Verlag, München ISBN-Nr. 978-3-88680-861-8, 431 S., Euro 24,95.**

Nach dem Zweiten Weltkrieg flohen mehr als vierzehn Millionen Menschen aus den deutschen Ostgebieten, der überwiegende Teil in die westlichen Besatzungszonen Rest-Deutschlands. Diejenigen, die Flucht und Vertreibung überlebt hatten, wurden von ihren deutschen Landsleuten aber nicht aufgenommen, sondern ausgegrenzt. Während die Vertriebenen schon

alles verloren hatten, fühlten sich die Westdeutschen durch den Zustrom der „Fremden“ bedroht, mit denen sie nun ihre glücklich durch den Krieg gebrachten Besitztümer teilen sollten. Vorurteile und der mit dem Lastenausgleich aufkommende Neid erschwerten das Zusammenleben zusätzlich.

Ohne die Vertriebenen, die mit Nichts begannen, hätte es jedoch ein „Wirtschaftswunder“ nicht gegeben; sie waren ein wichtiger Motor der Modernisierung in der Bundesrepublik. So wurden sie zwar als Wähler heftig umworben, zugleich aber mit ihren tiefen Traumatisierungen alleingelassen.

Andreas Kossert hat die schwierige Anknüpfung

geschichte der Vertriebenen umfassend erforscht und beleuchtet erstmals diesen blinden Fleck der deutschen Nachkriegsgeschichte. In dem Buch beschreibt er eindrucksvoll die Erfahrungen derjenigen, die durch den Krieg entwirrt wurden und immense Verluste erlitten haben; und er fragt danach, welche Folgen das nicht nur für die Vertriebenen und ihre Nachkommen, sondern auch für die ganze Gesellschaft bis heute hat?

Kossert, geb. 1970, studierte in Deutschland, Schottland und Polen Geschichte, Slawistik und Politik. Der promovierte Historiker arbeitet am Deutschen Historischen Institut in Warschau und ist ein ausgewiesener Kenner des östlichen

Mitteleuropas. Auf seine historischen Darstellungen Masurens (2001) und Ostpreußens (2005) erhielt er begeisterte Reaktionen.

Viele der 360.000 nach Österreich vertriebenen deutschen Altösterreicher machten leider ähnliche Erfahrungen. Es ist Zeit, sie auch endlich als Opfer zu begreifen, die nicht nur unter Flucht und Vertreibung gelitten haben, sondern auch an der Hartherzigkeit ihrer eigenen Landsleute! Und man ist geneigt, in der Behandlung durch die heutigen Medien die Unerwünschtheit und die Ausgrenzung der „Schmuddelkinder von 1945/46“ in der neuen Heimat zu erkennen.

Empfehlenswert für Einheimische und Vertriebene!

Gerhard Zeihsel